

auswärts 3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM

wir zeigen

hocola

EXCELLENCE

euch unsere

70%
CACAO

de dégustation

CHOCOLAT NOIR

Schokoladenseite

Nr. 455

23. Juli 1998

Ein dünnes Vorwort für eine dünne Ausgabe

Erstaunlicherweise gab's keine Kommentare zur letzten Ausgabe, außer indirekt dem Text zum 20.Juni. Und da unser Computer kaputt ist, bleibt in dieser Ausgabe alles beim Alten (back to the roots, sozusagen).

Dennoch hätten wir gerne mehr (besser gesagt: überhaupt!!) Schokolade und mehr Inhalt (sowieso!!!).

Den Schwerpunkt dieser Ausgabe bilden die Karawane und das Grenzcamp bei Görlitz.

Und damit ihr das mit der Schokolade im Auge behaltet, unser schokoladiger Umschlag!

Eure I's

P.S.: Weitere Info's zur Karawane (8 Seiten Text) sind im Ordner. Dort ist auch das Prozeßinfo, leider zu schlechte Druckqualität.



Inhaltsverzeichnis:

Ordner:

Redebeitrag des AOK zum Gelöbnix, AIZ-Prozeßbericht, Text zur Aussageverweigerung, Hintergrundartikel zur Karawane

Herausgeberin: Interim e.V., Gneisenaustr.2a
10961 Berlin
Redaktionsanschrift: s.o.
V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz
Druck: Eigendruck im Selbstverlag

antira

Aktionsplan

Samstag, 4. Juli 1998: Bundesweites Vorbereitungstreffen in Zittau (Anmeldung nötig!)

Freitag bis Sonntag, 24. bis 26. Juli: BORDERLINE, internationaler Rave, organisiert von »Radical Rave«.

Montag, 27.Juli: *Sight-Seeing-Tour* mit Lautsprecher- und Musikwagen durch Rothenburg, Görlitz und Umgebung. Verteilung der Camp-Zeitung.

Dienstag, 28. Juli: *Für Fluchthilfen! Gegen Denunziantentum und Schlepperhetze!*. Öffentliche Denkmalaufstellung: »Für die unbekannten FluchthelferInnen«, offene Abendveranstaltung in Görlitz.

Mittwoch, 29.Juli: *Gegen die Grenzjustiz!* Kundgebung vor dem Gericht für die TaxifahrerInnen-Prozesse, anschließend ein »Knastbeben« mit Musik und Reden vor dem Gefängnis in Görlitz.

Donnerstag, 30.7: *Antifaschistischer Aktionstag!* Demonstrationen und Aktionen gegen örtliche faschistische Strukturen, aber auch die Duldung und Unterstützung durch Teile der Bevölkerung, sowie Parteien und Behörden.

Freitag, 31.7: *Gegen die Menschenjäger vom BGS!* Kundgebung vor oder Blockaden der BGS-Station, des Hubschrauberlandeplatzes bzw. der sächsischen Polizeischule in Rothenburg.

Samstag, 1.8: Großes Finale unter dem Motto *Spiel ohne Grenzen!* - Regatta auf der Neiße und weitere Aktivitäten unmittelbar auf der Grenzlinie.

Außerdem: Open-Air-Kino, Camp-Zeitung, Camp-Radio (Radiogeräte mitbringen), Internet-Aktivitäten (»Hacking the Borderline«), Konferenzen, Trimm-dich!, Happenings, Parties und Konzerte.

Warum an die Grenze?

Die Grenze von heute besteht nicht mehr aus herkömmlichen Befestigungsanlagen: PolitikerInnen und Behörden schüren systematisch ein Klima von Verrat und Verunsicherung, das Flüchtlingen und MigrantInnen den Grenzübertritt unmöglich machen soll. Wer sich nicht von paramilitärischen Patrouillien abhalten läßt, soll von Bürgerwehren im Hinterland, einem Heer von DenunziantInnen und verschreckten AnwohnerInnen zur Strecke gebracht werden.

Grenze heißt mehr denn je: Jagd auf Menschen, die vor Hunger, Ausbeutung und Krieg fliehen, die in ihrem Herkunftsland keine Chancen mehr sehen, ihre Heimat verlassen müssen, die Mühen und Strapazen einer oft Tausende von Kilometern langen Flucht auf sich nehmen. Wir bewundern den Mut, die Ausdauer und die Entschlossenheit dieser Menschen. Eine Mentalität, die ihnen nicht nur die Begrüßung und angemessene Solidarität verweigert, sondern planmäßig schon den Zutritt untersagt, können und wollen wir nicht akzeptieren.

Gleichzeitig bedeutet Grenze aber auch: Eine breit angelegte Gehirnwäsche, die Ressentiments schürt, freisetzt und der sich zu entziehen immer schwieriger wird. Mit dem Aktionscamp werden wir versuchen, gegen die Verdummungs- und Verschleierungskampagne der politisch Verantwortlichen anzugehen und gleichzeitig die Menschen unterstützen, die sich dieser Maschinerie widersetzen wollen oder müssen. Unsere Mittel sind Aufklärung und sachliche Information, aber auch taktische Experimente und gezielte Irritationen; unsere Absicht ist, wirksame Gegenmaßnahmen zu entfalten, die die Barbarei des herrschenden Grenzregimes nicht nur bloßstellen, sondern wo immer möglich Einhalt gebieten.

Der Kampf gegen die Grenzen ist ein Kampf gegen Infrarotkameras, Plastikfesseln und Grenzschleier. Aber auch gegen Borniertheit, Ressentiment und Rassismus. Wir wissen, dieser Kampf ist niemals aussichtslos, und nichts kann schließlich Auskunft darüber geben, wie und wo sich die Menschen finden würden, wenn man sie nur ließe.

Das **antirassistische Spommercamp** der Kampagne findet in der Nähe von Rothenburg - 25 km nördlich von Görlitz - auf einer Wiese nahe der Bushaltestelle „Winklermühle" statt.

Bringt Aktionsideen, Transparente, Fahrräder, **schiffbare Untersätze**, Ausweise und Zelte mit!

Es fahren **Busse** nach Rothenburg zum Rave am Freitag, 24. Juli. Karten gibt es in den Buchläden Schwarze Risse/Mehringhof, O 21/Oranienstraße und N.N./Kastanienallee (Hotline für Raver 030/61280511).

Weitere **Informationen** zum politischen und kulturellen Programm unter der Telephonnummer 0172/8910825 oder auf den Flugis!

kein mensch ist illegal

Das Ziel des Sommercamps ist das Grenzregime am Rande der EU- und Schengenstaaten mit vielfältigen Aktivitäten, wenn nicht ins Wanken, so zumindest zur Sprache zu bringen. Vorbereitet wird das Camp von antirassistischen und antifaschistischen Gruppen aus dem gesamten Bundesgebiet und von vor Ort, die ein breites Bündnis gebildet haben. Teilnehmen werden auch Gäste aus Polen und Tschechien, sowie aus Nord-, West- und Südeuropa. Vorbereitet werden derzeit: Veranstaltungen und öffentlichkeitswirksame Interven-

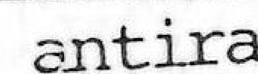
Spiel ohne Grenzen

tionen; sehr wahrscheinlich sind spontane Aktionen, die nicht zuletzt die Aufmerksamkeit der Grenzschutzeinheiten auf sich ziehen und den reibungslose Ablauf der Kontrollen tangieren; inhaltliche Auseinandersetzung und Erfahrungsaustausch in Workshops und Arbeitsgruppen sowie ein umfangreiches Programm mit Raves, Parties und Konzerten.

In der Vorbereitungsphase haben sich die beteiligten Gruppen auf eine Doppelstrategie geeinigt: Einerseits soll versucht werden, der in der Grenzregion lebenden Bevölkerung einen anderen Blickwinkel anzubieten, also Informationen zugänglich zu machen und zu verbreiten, die dem Gerede über »Illegale«, über vermeintliche Grenzkriminalität, oder über die angebliche Bedrohung durch »Flüchtlingsfluten« entgegenwirken sollen. Neben Informationsabenden, Open-Air-Filmvorführungen und Veranstaltungen innerhalb und außerhalb des Camps ist vor allem eine Zeitung in hoher Auflage geplant, die Erlebnisberichte von MigrantInnen dokumentiert und die Praktiken des Menschenjagdvereins »Bundesgrenzschutz« darstellt.

Andererseits wird es Aktionen unterschiedlichster Art geben, die unmißverständlich die Ablehnung der Menschenjagd deutlich machen, die irritieren oder auch provozieren sollen, indem das Denunziationsbündnis von BGS und Teilen der Bevölkerung angesprochen und gestört wird. Die Aktionstage der Campwoche stehen jeweils unter einem Motto, zu dem auch mindestens eine öffentliche Aktion stattfinden soll. Diese Struktur gibt Anhaltspunkte für die anreisenden Gruppen, in diesem Rahmen oder darüberhinaus eigene Überlegungen zu kleineren und dezentralen Aktionen anzustellen oder sich über weitere, auch unangekündigte Initiativen Gedanken zu machen.

Sommercamp c/o Forschungsstelle Flucht und Migration, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, Telefon 030/6935670 oder 0172/8910825, Telefax: 030/6938318, e-mail:grenze@ibu.de, http://www.contrast.org/borders
Dringend werden Spenden benötigt an: Forschungsgesellschaft Flucht und Migration, Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00) Konto-Nr.: 61 00 24 264 Stichwort: Spiel ohne Grenzen



Taxi und Auto Konvoi durch Görlitz

Treffpunkt: B 115, Nieskyer Str. Parkplatz vor Mc Donald´s

Zwischenkundgebungen: Postplatz, Bahnhof und Grenzübergang

Abfahrt von **Berlin**
Görlitzerufer unter der alten Brücke
Mittwoch, 29.7., 7.30 Uhr

TAXISTA TAXISTA

12.00 Uhr Mittwoch 29.07.98

Im Rahmen der sich ausweitenden Fahndungsmethoden des BGS, an der deutsch-polnischen bzw. deutsch -tschechischen Grenze, sind in letzter Zeit verstärkt TaxifahrerInnen unter Druck gesetzt worden,"ausländisch" aussehende Menschen zu denunzieren. In verschiedenen Prozessen wurden Taxifahrer zumehrjährigen Haftstrafen verurteilt.

Wir fordern die sofortige Einstellung aller Strafverfahren gegen Taxifahrer und Taxifahrerinnen wegen angeblicher Schleusertätigkeit.

Wer bleiben will soll bleiben.

V.i.S.d.P. TAXISTA, Rosa Luxemburg Str. Berlin

Die Karawane für die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen

vom 14.08.98 - 20.09.98

Ein breites Bündnis von Flüchtlings -und MigrantInnengruppen und antirassistischen Initiativen plant eine bundesweite Demonstration gegen die immer schneller eskalierenden Angriffe gegen Flüchtlinge. Diese «Karawane» wird am 14. August in Bremen starten, und in Köln am 20 September enden - eine Woche vor den Bundestagswahlen. 5 Wochen lang werden wir von Stadt zu Stadt ziehen, mit großen politischen Aktionen in 40 Städten. Größere Entfernungen werden wir in Bussen, Kleinbussen und an einigen Stellen mit Schiffen überbrücken, aber durch die dichtbevölkerten Teile Deutschlands wollen wir zu Fuß demonstrieren. Unser Ziel ist es, uns während der Wahlkampfzeit kräftig auf lokaler wie bundesweiter Ebene in die Politik einzumischen.

Die unsäglichen Äußerungen, die die CDU-und SPD-Politiker Anfang des Jahres anläßlich der Ankunft der kurdischen Flüchtlinge in Italien gemacht haben, gaben uns einen Vorgeschmack auf die Haltung dieser Parteien gegenüber Flüchtlingen. Als Italien die KurdInnen, die an ihren Küsten ankamen als politische Flüchtlinge bezeichnete, bestand Deutschland darauf, sie seien «kriminelle Einwanderer» und griff die italienische Regierung an, weil sie ihre Grenzen nicht genügend abschotten würde.
Nicht nur Flüchtlinge, auch andere MigrantInnen sind betroffen. Einflußreiche politische Personen haben bereits offen erklärt, daß «die zweite MigrantInnengeneration von der Wirtschaft nicht mehr gebraucht werde». Sie argumentieren damit, diese Jugendlichen seien unterqualifiziert, hätten keinen Respekt vor den deutschen Gesetzen, seien in «kriminelle Aktivitäten» verwickelt und nicht in die deutsche Gesellschaft integriert. Tatsächlich steigt die Zahl der Menschen, die ein Aufenthaltsrecht in Deutschland haben, aber aufgrund «krimineller Handlungen» abgeschoben werden, rapide an. Die Politik der Kriminalisierung ist eng verbunden mit der Abschiebepraxis.

Während die Arbeitslosigkeit in Deutschland steigt, werden die Reiche immer reicher. Zynische und opportunistische Politiker werden das System und den Status quo verteidigen, indem sie versuchen, die berechtigte Wut, die die Armen auf die Reichen haben, gegen die Flüchtlingen zu wenden. Die verhängnisvollen Aussagen von diesen Politikern finden eine beängstigende Resonanz in der deutschen Gesellschaft. Die Stimmengewinne der DVU in Sachsen-Anhalt sind bloß die Spitze des Eisbergs.

Wir haben keine Wahl aber eine Stimme!

Flüchtlinge und MigrantInnen können die Wahlen nicht direkt beeinflussen- obwohl wir in vielerlei Hinsicht ihr Thema sein werden. In der Wahlkampfzeit werden wir mit der «Karawane» dafür kämpfen, unsere Realität ins Bewußtsein der deutschen und weltweiten Politik zu bringen.

Das Asylbewerberleistungsgesetz

Die geplanten Gesetzesänderungen zum Asylbewerberleistungsgesetz werden hundertausende von uns, die nur eine «Duldung» besitzen, in eine Lage bringen, in der es real unmöglich sein wird, in Deutschland zu leben. Trotz der Proteste gegen dieses Gesetzesvorhaben, haben wir keinen Anlaß zu glauben, daß es gestoppt werden wird. Das Gesetz wird es den Behörden erlauben, Sozialhilfe und Krankengeldleistungen komplett zu streichen, und uns aus den Unterkünften herauszuwerfen. Dies ist das erste Mal in der Geschichte der Bundesrepublik, daß ein Teil der Bevölkerung vollständig von Sozialleistungen ausgeschlossen sein wird. Der dahinter stehende Gedanke ist

offensichtlich, uns den Aufenthalt und das Leben hier unmöglich zu machen, damit wir Deutschland «freiwillig» verlassen. Die Umsetzung des Gesetzes wird in den Händen der einzelnen Länderbehörden sein, und es wird daher ziemlich vom politischen Klima abhängen, wie genau dieses geschehen wird. Die «Karawane» wird versuchen, dieses Klima zu unseren Gunsten zu verändern. Dabei ist es wahrscheinlich, daß die Umsetzung ungleichmäßig und veränderlich geschehen ~~wird - in einer Art «Salami-Taktik»~~. Eine Ebene dieser Taktik wird darin bestehen, sich erst auf eine Gruppe von Flüchtlingen zu konzentrieren und dann zur nächsten überzugehen. Die erfolgreiche Umsetzung bei einer Gruppe wird es leicht machen, die nächste anzugreifen. Zum anderen wird die Umsetzung der Gesetzesänderung von Ort zu Ort in Deutschland verschieden sein. Wieder wird die erfolgreiche Umsetzung in einem Bundesland es leichter machen, es an anderen Orten ebenfalls einzuführen. Die «Karawane» ist hervorragend geeignet, um praktischen Widerstand gegen die Umsetzung diese Gesetzes aufzubauen. Denn die «Karawane» wird nicht nur helfen, Einheit zwischen den verschiedenen Flüchtlingsgruppen aufzubauen, sondern sie wird auch Strukturen schaffen, die es erlauben, gemeinsam, (auf einer bundesweiten Ebene) auf die lokalen Angriffe zu reagieren.

Wir Flüchtlinge sind die Folge deutscher «Interessenswahrnehmung» im Ausland

Wir werden es nicht zulassen, daß Deutschland seine Verantwortung für die Ursachen der Flucht leugnet. Deutschland unterstützt antidemokratische Regimes und Diktaturen, die die Menschenrechte mit Füßen treten, aber sehr gut für deutsche Geschäftsinteressen sind. Billige Arbeitskräfte für deutsche Investoren bedeuten Rechtlosigkeit für die ArbeiterInnen und die Bevölkerung; billige Naturrohstoffe für Deutschland bedeuten Zerstörung der sozialen Gemeinschaften und der Umwelt.

Wirtschaftliche und strategische Interessen in Ländern wie der Türkei bedeuten, daß die deutsche Regierung in solch einem Umfang mit der Türkei zusammenarbeitet, daß die Kurdenpolitik der Türkei von Deutschland nachgeahmt wird. Mit Waffen und Geld unterstützt die deutsche Regierung den Krieg gegen die KurdInnen in der Türkei. Wenn kurdische Flüchtlinge die Gründe ihrer Flucht - die intensive Verfolgung in der Türkei - in der deutschen Öffentlichkeit darstellen wollen, werden sie verfolgt, wird ihr Versammlungs- und Vereinigungsrecht und ihr Recht auf kulturelle Selbstbestimmung angegriffen. Kurde und Kurdin in Deutschland zu sein, scheint ähnlich wie in der Türkei zu bedeuten, schuldig zu sein.
Nigeria wird verwüstet, um billiges Öl für Deutschland zu liefern, aber wenn es einer Handvoll von Flüchtlingen gelingt, dieser mörderischen Diktatur zu entkommen, und nach Deutschland zu gelangen, heißt es - tut uns leid, hier ist kein Platz für Euch ! Zur selben Zeit, in der Politiker erklären, es sei nicht genügend Geld für die Flüchtlinge da, pumpt die deutsche Regierung massenhaft Geld in Länder wie Sri Lanka: Finanzhilfen zur Unterstützung des rassistischen Krieges gegen die tamilische Bevölkerung, die zehntausende neuer Flüchtlinge schaffen ! Die Beispiele sind endlos.

Wenn wir als Flüchtlinge hier ankommen, werden wir kriminalisiert und gedemütigt. Wir werden in Schiffe und Lager gesperrt, unsere Sozialhilfe wird immer weiter gekürzt, unser Recht zu arbeiten ausgehöhlt; wir werden von der Gesellschaft isoliert und insgesamt als etwas Geringeres als Menschen behandelt. Wir werden beschuldigt, die Ursache aller sozialen Probleme in Deutschland zu sein. Wir sind Mißhandlungen durch die Polizei und unfairen Asylverfahren ausgesetzt, werden in Abschiebeknäste gesteckt und am Ende abgeschoben.

Alle werden uns hören!

Wir werden uns wehren! Wir werden nicht nur die Probleme, die wir hier in Deutschland haben, zur Sprache bringen, sondern auch die Leiden unserer Brüder und Schwestern, die wir zurücklassen mußten !



u. A. Aktionen gegen die Residenzpflicht
internationales Auftaktfestival in der Innenstadt
Sternmarsch, Kundgebung und Demonstration, anschl. Start der Karawane
Empfang, Kundgebung & Fest vor ZAST «Neumühlen», Demonstration
Pressekonferenz, Autokonvoi nach Norderstedt & Demo, Aktionen in HH
Empfang auf Markt, Demo durch Innenstadt, Aktion auf der Trave, Fest
Empfang, «Grenzüberschreitung» a.d. Kreisgrenze, Veranstaltung
Demo von ehm. ZAST Lichtenhagen zur Innenstadt
Kundgebung vor Abschiebeknast, Aktionen zu Betretungsverbote, Razzien,
Illegalisierung von Flüchtlingen, Aktionen im brandenburgischen Umland
Fahrt zur Grenze nach Forst, Autokonvoi zur Neisse, Grenzwanderung
Empfang, Film, Diskussion und Fest im «Intern. Begegnungszentrum»
Aktionen, Weiterreise nach Leipzig

die Karawane kommt

open-air Film, Kundgebung, Aktion, Ausstellung zu Abschiebehaft, Kulturfest
Aktionen vor Flüchtlingslager, Weiterreise nach Kassel
Pressekonferenz, Kundgebung und Weiterreise nach Göttingen
Aktionen u.A. gegen das AsylbLG in der Innenstadt
Empfang und Aktionen
Empfang und Aktionen
Empfang, Demonstration zum Markt, Dauer-Kundgebung & Infostände
12 Uhr: Teilnahme an Demonstration gegen den Abschiebeknast Büren
Empfang und Aktionen
Empfang und Aktionen
Demo entlang versch. Flüchtlngslager, Kundgebungen, int. Kulturfest
große Demonstration, internationales Fest und Veranstaltung
Kundgebung vor dem Abschiebeknast, Fahrrad-Demo nach Tübingen,
Veranstaltung zu Frauenmigration & Illegalisierung, mit anschließender Party
überregionale grenzüberschreitende Aktion auf «Europabrücke»
Kundgebung vor der SIS. Zusammentreffen mit «sans papiers»
Kundgebung vor BfVG, Kulturfest vor L(Z)AST, Umzug in Innenstadt
Fahrt zum Abschiebeknast in Zweibrücken, Aktion, int. Fest in Trier
Straßenfest vor Wohnheim
Kundgebung Innenstadt, Demo zur Ausländerbehörde, abends Fest
Fahrt zum Abschiebeknast Offenbach, Weiterreise nach Hanau
Demo von Wohnheimen zur Innenstadt, Kundgebung & Kulturprogramm
Schiffahrt «Das Boot ist (nicht) voll» nach Frankfurt
großer Empfang am Schiff, Demo mit anschließendem Festival
Auftaktkundgebung und Fahrt zur Demo in Frankfurt
Demonstration
«Rundgang» zur Asylstelle, Ausländer-, Sozial- und Arbeitsamt, HBF
Empfang von «Euromarschbündnis» u.a. Initiativen, abends Veranstaltung
abends Empfang & Straßenfest, Theater ohne Grenzen in Köln
grenzüberschreitende Aktion an holländischer Grenze in Aachen/Vaals
Abschlußdemonstration als Teil der bundesweiten Demo (s. Rückseite)
Abschlußkonkreß der Karawane mit Kulturprogramm

Wir rufen alle Flüchtlinge und MigrantInnen auf, egal aus welchem Land Ihr kommt, egal wo Ihr in Deutschland lebt, mit uns in Kontakt zu treten, und Euch mit Euren Ideen und Vorschlägen einzubringen.

Bereits jetzt nehmen Flüchtlinge & MigrantInnen, die in bundesweiten Netzwerken wie dem «World Tamil Movement» (WTM), der «Förderation kurdischer Vereine» (YEK-KOM), der Int. Föderation iranischer Flüchtlings- und ImmigrantInnenräte», der Organisatation afrikanischer Flüchtlinge «The Voice», der „Förderation für demokratische Rechte“ (ADHF) organisiert sind, zahlreiche örtliche Flüchtlingsorganisationen wie «Sokoni», und viele andere Gruppen und Einzelpersonen an der Karawane teil. Viele antirassistische Gruppen aus den verschiedensten Teilen Deutschlands, und die Netzwerke «Kein Mensch ist illegal» und «Asyl in der Kirche» und örtliche Arbeitsloseninitiativen unterstützen die «Karawane».

Wir rufen alle Flüchtlinge in allen Lagern auf, sich mit uns in Verbindung zu setzen ! Wir rufen alle MigrantInnen, AntirassistInnen, feministische Organisationen, Kirchengruppen, Antifas, GewerkschafterInnen, und die gesamte fortschrittliche Bevölkerung auf, Teil der Karawane zu werden.

Wir wollen, daß die Karawane Eure Sorgen ausdrückt.
Wir wollen, daß Ihr uns helft, ein Manifest zu erstellen, das alle Aspekte der Probleme für die verschiedenen Gruppen von Flüchtlinge und MigrantInnen in Deutschland berücksichtigt - für das Karawane-Projekt.



Internationaler
Menschenrechtsverein
Bremen e.V.

Kornstr. 51, 28201 Bremen
Tel.: 0421/ 5577093 Fax: 5577094 oder 4987276
e-mail:mail@humanrights.de
http:www.humanrights.de
Konto: Sparkasse Bremen
Kt.Nr: 1073 9282, BLZ 290 501 01
Bemerkung: „Karawane"

Karawane-Kongreß

Sonntag, 20. September Uni Köln

Ich kann an der Karawane von
.... nach ....
teilnehmen

Ich möchte am nächsten Treffen teilnehmen
Ich möchte ....Stk. Flugblätter bestellen
Ich möchte ....Stk. Poster bestellen
Ich möchte .... DM spenden

Name:
Adresse:
Telefon/Faxnummer:
e-mail:

Kontakte - contacts - Kontak adresleri - contactes - contactus:

Karla-Unterstützerinnengruppe f. Frauen i. Exil, Kaiserstr. 241, 28 122 Oldenburg, Tel: 0441/ 24 81 75
Gesellschaft zur Unterstützung von Gefolterten und Verfolgten e.V., Durchschnitt Str. 27, 22 532 Hamburg, Tel: 040/ 44 85 76 + 43 02 058, Fax 43 04 490
Norderstedter Flüchtlingshilfe, Schulweg 30, 22 844 Norderstedt, Tel: 040/52 62 688, Fax 52 62 660
Flüchtlingsforum, c/o Akzent, Fleischhauerstr. 32, 23 552 Lübeck, Tel: 0451/ 75 53 2, Fax 7 33 45
Flüchtlingsforum, c/o Gegenwind, Schweffelstr. 6, 24 118 Kiel, Tel: 0431/ 56 58 99, Fax 57 70 56
Karawanegruppe Rostock, c/o RAA Rostock, Neuer Markt 15, 18 055 Rostock, Tel: 0381/ 45 91 002
Karawanegruppe, c/o ARI Berlin, Yorckstr. 59 HH, 10 965 Berlin, Tel: 030/ 78 65 917, Fax: 78 69 984
FFM-Büro , Gneisenau Str. 2 a, 10 961 Berlin, Tel: 030/ 693 5670, Fax 030/693 83 18
Euromarschbündnis Dresden, c/o ÖIZ, Kreuzstr. 7, 01067 Dresden, Tel: 0171/ 32 51 367
Infobüro Tippach, Peterssteinweg 13, 04107 Leipzig, Tel: 0341/ 21 19 322, Fax: 0341/ 960 8303
Infoladen c/o Conney Island, Koburger Str. 3, 04277 Leipzig, Tel 0341/3026504, Fax 0341/3026 503
FrauenLesbenrefertat der GHK, Nora Platielstr. 2, 34 127 Kassel, Tel: 0561/ 804 3162
Büro antirassistischer Gruppen, Sickingsstr. 10, 34 117 Kassel, Tel: 0561/ 17 919
Karawanegruppe, c/o Buchladen Rote Straße, Nikolaikirchhof 7, 37 073 Göttingen, Tel: 0551/42 128
Azadeh, Eulenstr. 5, 38 114 Braunschweig, Tel/Fax: 0531/ 250 4444
AMFN e.v., Zur Bettfedernfabrik 1, 30 451 Hannover, Tel: 0511/ 921 5803, Fax: 921 5527
IGA, c/o IBZ, Teutoburger Str. 106, 33 607 Bielefeld, Tel + Fax: 0521/ 170 121
AK medizinische Hilfe, c/o UWZ, August-Bebelstr. 16 - 18, 33 602 Bielefeld, Tel: 0521/ 17 67 11
Osnabrücker Bündnis g. Abschiebungen, c/o Avanti!, Alte Münze 12, 49 074 Osnabrück
BI Asyl, c/o Gotthold Streitberger, Am Hochbehälter 11, 93 059 Regensburg, Tel + Fax: 0941/ 86 214
Freie Flüchtlingsstadt, c/o DESI, Brückenstr. 23, 90 419 Nürnberg
c/o Cafe Marat, Bürgerhaus Isarvorstadt, Thalkirchnerstr. 104, 80 337 München, Tel: 089/ 180 351
Bündnis g. Abschiebehaft c/o Asylzentrum, Neckarhalde 32, 72 072 Tübingen, Tel 07071/ 44 115
GROG , c/o Querfunk, Steinstr. 23, 76 133 Karlsruhe
Anitrassist. Initiative, c/o Bücherladen Neckarstadt, Kobellstr. 17, Tel: 0621/ 37 77 29
Multikulurelles Zentrum, Gervasiusstr. 2, 54 290 Trier, Tel: 0651/ 48 497, Fax: 993 4917
c/o Dichtung & Wahrheit, Kaiser Wilhelm Ring 11, 55 118 Mainz, Tel 06131/ 611 973, Fax 611 7
Flüchtlingsrat, Blücherstr. 32, 65 195 Wiesbaden, Tel + Fax: 0611/ 49 52 49
AG3F, Metzgerstr. 8, 63 450 Hanau, Tel + Fax: 06181/ 18 48 92
3. Welt-Haus, c/o IGA, Westerbachstr. 47 HH, 60 489 Frankfurt, Tel: 069/789 48 46
AGIS c/o pol. kult. Treffpunkt, Kranichsteiner Str. 81, 64 289 Darmstadt
AK Asyl Friedrichsdorf, Postfach 1570, 61 381 Friedrichsdorf
Asta Uni Bonn - AusländerInnenreferat - Nasse Str. 11, 53 113 Bonn
Karawanegruppe, c/o Bahnhof Langendreer, Wallbaumweg 108, 44 894 Bochum
Flüchtlingsplenum Aachen, c/o Rotes Büro, Charlottenstr. 6, 52 070 Aachen, Tel: 0241/ 51 52 476, Fax: 0241/ 51 52 478
Kölner Netzwerk «Kein Mensch ist Illegal», Martin Rapp, Karteusergasse 9 - 11, 50 678 Köln, Tel: 0221/ 33 82 281, Fax: 33 82 103 und/oder: Jugendclub Courage: Tel: 0221/ 52 09 36
Kölner Appell gegen Rassismus e.V., Körnerstr. 77 - 79, 50 823 Köln, Tel: 0221/ 9 52 11 99, Fax: 0221/ 9 52 11 97

World Tamil Movement FRG e.V., Gathastr. 1 a, 42 107 Wuppertal
Föderation der kurdischern Vereine YEK-KOM, von Gall Str. 2, 44 807 Bochum, Tel: 0234/54 1118, Fax: 54 11 94
Föderation für demokratische Rechte ADHF, Kyoto Str. 19, 50 670 Köln, Tel: 0221/130 16 29, Fax: 0221/221 18 70
Internationale Förderation der iranischen Flüchtlings- und ImmigrantInnenräte IFIR, Postfach 18206, 44 362 Dortmund
The Voice Forum e.V. , Schillergasse 5, 07743 Jena

Dieses Flugblatt ist auch in Englisch, Türkisch, Kurdisch, Französisch, Tamilisch, Serbo-Kroatisch, Spanisch, Persisch, Vietnamesisch, Assyrisch zu erhalten.

Bundesweite Demonstration

Abschlußdemo der Karawane

Sa. 19.9.1998 in Köln

12 Uhr Ebertplatz, 14 Uhr Neumarkt, anschließend Kulturfest

Mißhandlungen bei Abschiebeversuchen durch den BGS

In Nordrhein–Westfalen scheitert schätzungsweise jede 20. Abschiebung auf dem Rollfeld des Düsseldorfer Flughafens an der Weigerung der Piloten, die sich wehrenden Flüchtlinge gegen ihren Willen zu transportieren. Bei an die 5 000 Abschiebungen pro Jahr allein aus dem größten Abschiebeknast Europas im westfälischen Büren, bedeutet dies, daß Widerstand praktisch täglich stattfindet. Die Flüchtlingsverwaltung und der am Flughafen für die Durchführung der Abschiebung zuständige BGS haben sich auf diese für sie ärgerliche und kostspielige Gegenwehr der Flüchtlinge eingestellt und verwenden verschiedene Maßnahmen, um sie zu brechen.

Nach gescheiterten Abschiebungen werden Flüchtlinge nicht wieder in das Abschiebegefängnis zurückgebracht, in dem sie bis zu diesem Zeitpunkt inhaftiert waren. Damit sich die Möglichkeit eines erfolgreichen Widerstandes gegen die Abschiebung nicht unter den Abschiebegefangenen herumspricht, werden sie stattdessen vom Flughafen aus direkt in Justizvollzugsanstalten (JVAs) für Strafgefangene eingeliefert. Gemäß einem Rotationssystem sind die dafür 'zuständigen' Knäste im 1. Quartal die JVA Rheinbach, im 2. Quartal die JVA Bochum, im 3. Quartal die JVA Düsseldorf und im 4. Quartal die JVA Dortmund. Dort unterliegen die Abschiebegefangenen verschärften Haftbedingungen, da sie von den Ausländerämtern wegen der Vorkommnisse am Flughafen als gefährlich oder selbstmordgefährdet eingestuft werden, und die JVAs diese Einstufung übernehmen.

Doch es bleibt nicht bei der Verlegung in Strafknäste als Repressionsmaßnahme. Noch auf dem Düsseldorfer Flughafen kommt es in vielen Fällen zu Mißhandlungen durch Beamte des Bundesgrenzschutzes (BGS): Immer wieder berichten Flüchtlinge von Bedrohungen und Schlägen im Anschluß an die Weigerung des Piloten, sie gegen ihren Willen ins Flugzeug zu nehmen. Entweder im Gefangenentransporter vom Flugzeug zurück in die Räumlichkeiten des BGS oder in eben diesen Räumlichkeiten werden Flüchtlinge von Gruppen von 2-6 Beamten in gefesseltem Zustand mit Knüppeln geschlagen, mit behandschuhten Fäusten auf den Körper oder auch ins Gesicht geboxt. Stellvertretend für eine Anzahl ähnlicher Berichte steht das folgende Zitat aus dem Brief eines z.Zt. in der JVA Bochum inhaftierten Abschiebegefangenen:

(Ein Mitglied der Oppositionspartei U.D.P.S. aus ex-Zaire soll am 17.4.98 abgeschoben werden. In seinem Koffer, den er selbst nicht in die Hand bekommt, befinden sich Dokumente über seine politischen Aktivitäten, was, sollten sie auf dem Flughafen in Kinshasa (Zaire) gefunden werden, die sofortige Verhaftung bedeuten würde. Er sagt den Beamten des BGS, daß er deswegen nicht freiwillig die Maschine der SABENA besteigen würde ...)

... *"Daraufhin fesselten die Polizisten zu viert meine Arme mit einer schwarzen Schnur, sie begannen mich zu schlagen, aber nicht in mein Gesicht, sondern eher in die Seiten, auf meinen Rücken und auf meine Beine, bis ich schrie und ihnen sagte, daß sie aufhören sollten, mich zu schlagen, und daß ich mitfliegen würde. Darauf hörten sie mit ihren Übungen auf, aber meine Arme blieben hinter meinem Rücken gefesselt und das T-Shirt mir über den Kopf gezogen, damit ich nicht sehen konnte, wer mich schlug und womit.*

Direkt auf dem Flughafen wurde ich von 6 Polizisten begleitet, dort erinnerte ich mich, was mich in meinem Land erwarten würde, und ich sagte der Polizei, daß ich nicht ins Flugzeug

stiege und nicht aus ihrem Bus aussteigen würde. Sie beschimpften mich auf jede erdenkliche Weise und nahmen wieder gewisse Bedrohungen auf, aber da Reisende anwesend waren, die die Szene beobachteten, tat mir die Polizei nichts, d.h. sie schlugen mich nicht. Einige Minuten später kam der Captain oder der Copilot oder sonstwer aus der Crew (...) in den Bus der Polizei und sah, wie ich an den Armen gefesselt und weinend im Bus lag; er rettete mir das Leben indem er sagte,' den hier nehme ich nicht in meinem Flugzeug mit'. Und wir fuhren zurück zur Polizei.

Ich wurde wieder in denselben Saal gebracht, wo die Polizisten wieder begannen, mich zu schlagen, und sie zogen mein T-Shirt über mein Gesicht, die Arme waren mir noch immer hintenherum gefesselt, und sie fingen an mich von neuem mit Stöcken und 'Totschlägern' zu schlagen. Es ist schwer, das zu erklären, doch nach einigen Minuten ließen sie mich in Ruhe, wobei ich schrie und weinte."

In den Berichten der Flüchtlinge über die Mißhandlungen am Düsseldorfer Flughafen zeichnet sich das Muster ab, daß Schläge nach gescheiterten Abschiebungen nicht als Ausrutscher einzelner Beamter gewertet werden können, sondern als regelmäßig verwendetes Mittel zur Einschüchterung.

Konsequenzen haben die beteiligten Beamten nicht zu befürchten. Obwohl Berichte über Mißhandlungen bisweilen auch die zuständigen Stellen in Justiz- und Innenministerium erreichen, von dort weitergegeben werden an die Staatsanwaltschaft und das Bundesinnenministerium, kommt es bisher weder zu einer Beendigung der Mißhandlungen, noch zu erstzunehmenden Ermittlungen durch die Strafverfolgungsbehörden, wie z.B. Vernehmung der Mißhandelten oder ihrer Besucher in der Abschiebehaft.

Im Gegenteil wird von den politisch verantwortlichen Stellen im Innenministerium NRW schon einmal vorsorglich an der Glaubwürdigkeit der Berichte gezweifelt: Gerade die Ähnlichkeit der Berichte vieler Flüchtlinge spreche dafür, daß hier eine Absprache existiere. Wie diese 'Asylantenverschwörung' in Anbetracht der Verlegungspraxis, der Sprachbarrieren und der fortlaufenden Abschiebung der 'Verschwörer' denn eigentlich organisiert wird, bleibt dabei das Geheimnis der Ministerialbeamten. Das Signal für politische Rückendeckung für das Vorgehen des BGS ist jedoch klar und offen.

Roma-UnterstützerInnen-Gruppe
c/o Bahnhof Langendreer
Wallbaumweg 108
44894 Bochum



Zum NPD/JN Aufmarsch am 20.Juni.

Freitag, 19.6.97, 19.00 Uhr, Versammlungsraum Mehringhof - die SprecherInnen einiger unabhängiger Berliner Antifagruppen mobilisieren bei einer, mit 150 Leuten gut besuchten, VV aufgrund sicherer Erkenntnisse ihrer Recherche, öffentlich zu einem "Schleusungspunkt" der Nazis am Rathaus Spandau.

Samstag 11.00 Uhr Rathaus Spandau - Etwa 150 AntifaschistInnen sind dem Aufruf gefolgt. Gleichzeitig kommt die Information an - die Nazis marschieren in Hohenschönhausen, beschützt von einem großen Polizeiaufgebot. Es besteht keine Chance mehr von Spandau aus ans andere Ende der Stadt zu den Nazis zu gelangen. Auch die AntifaschistInnen, die sich am Brandenburger Tor befinden um an der Lesung teilzunehmen, die von »SPDGRÜNENPDSDGBETC« veranstaltet wurde, um den Nazis ihren ursprünglich gewünschten Demoauftaktsort in der Innenstadt zu nehmen, schaffen es nur vereinzelt zu den Nazis zu gelangen. Denn kaum ist die Info rum, ist der Naziaufmarsch mit circa 250 statt der 1500 - 2000 angekündigten braunen Volksgenossen auch schon nach einer halben Stunde vorüber. Die Nazis steigen in gecharterte Doppeldeckerbusse und fahren zu einer »Sonnenwendfeier« nach Brandenburg.

Mittags werden in der Innenstadt noch einige Nazis, die die Verlegung des NPD/JN-Aufmarschen vom 14.00 in Mitte, auf 11.00 Uhr in Hohenschönhausen auch mitgekriegt haben, von Antifas streng verwarnt und einige DVUler die auf der Sozialdemo Flugis verteilen wollten, aufs nachdrücklichste vertrieben.

Erfolgsmeldungen kommen von allen Seiten : von den Nazis weil sie ihren Aufmarsch überhaupt durchführen konnten und sie durch die Presseberichterstattung eine Menge Publicity abfassen konnten

- vom Nationaldemokraten Schönbohm, weil er es geschafft hatte den Naziaufmarsch nicht zu verbieten und am selben Tag wie die linke Sozialdemo, allerdings wie angekündigt "örtlich und zeitlich entzerrt" störungsfrei stattfinden zu lassen
- und nicht zuletzt von Antifas, weil sie überhaupt was gemacht hatten.

neu! mit super postmodernem jugendbeilagen layuot

Im Laufe des Tages wurde noch bekannt, daß in Radio Fritz und Multikulti seit spätestens 10.00 Uhr morgens, der Aufmarschort der Nazis am Lindencenter in Hohen-schönhausen durchgegeben wurde.

Soweit so schlecht. Festzustellen ist, daß sich viele Antifas von den mobilisierenden Gruppen verarscht gefühlt haben und mehr Effektivität und vielleicht auch mehr politische und taktische Klugheit einforderten, bzw. mit dem Antifa-Service-Angebot unzufrieden waren.

In der Nachbereitung der beteiligten Gruppen gab es zu dieser Kritik verschiedene Positionen.

Eine Teil meinte es wäre richtig gewesen sich nach den Recherche-ergebnissen zu richten und auf den weit abgelegenen "Schleusungspunkt" in Spandau zu mobilisieren, um die Nazimobilisierung zu behindern und die Nazidemo dadurch zahlenmäßig zu verkleinern. Daß die Nazis es schaffen würden so kurzfristig auf unsere öffentliche Mobilisierung zu reagieren und umzudisponieren, wäre nicht abzusehen gewesen. Die Infos wären auf jeden Fall sicher gewesen. Das Konzept hätte aber auf jeden Fall durch eine effektive stadtweite Fahrwachenstruktur ergänzt werden müssen, um auf eventuelle Ausweichorte- oder -aktionen der Nazis noch kurzfristig am Morgen reagieren zu können. Diese Fahrwachenstruktur hätte es aber nicht gegeben.

Die Gegenposition hielt es für falsch eine Gegenmobilisierung lediglich auf Recherchergebnisse zu stützen, sondern hätte es für richtiger gehalten, eine politische Mobilisierung nach Mitte zum ursprünglich angekündigten Aufmarschort der Nazis und der dort stattfindenden Lesung der SPDGRÜNENPDSDGBETC durchzuführen um dort eine antifaschistische Kundgebung durchzuführen bzw. von dort aus eventuell dorthin zu mobilisieren, wo die Faschos sich letztendlich zusammenfinden. Dies auch auf die Wahrscheinlichkeit hin, auf jeden Fall "zu spät" zu kommen und lediglich einem Haufen mehr oder weniger kümmerlicher Faschisten die Kungebung oder den Abtritt zu versauern. Von "Nazi-Aufmarsch-verhindern" konnte eh keine Rede sein, anbetracht einer zu erwartenden Bullenarmada - egal wo auch immer ein Aufmarsch mit polizeibekanntem Auftaktort stattfindet. So etwas gelingt, wenn überhaupt, im Vorfeld, wenn es Antifas gelingt

massenhaft vor den Faschisten an deren Treffpunkt zu sein, Plätze zu vereinnahmen. Oder sich mit ausreichend Leuten einem Naziaufmarsch entgegenstellen. Das wird uns realistisch berachtet sobald wahrscheinlich kaum glücken, denn soooo viele sind wir ja auch nicht und mit den Grünuniformierten müssen wir uns dann meistens auch noch rumärgern. Trotzdem wäre es immer noch besser gewesen überhaupt da zu sein wo sie sind, auch wenn wir wenige gewesen wären bzw. "zu spät" gekommen wären. Allein um lautstark zu verdeutlichen, daß es welche gibt, die den rasstischen Dreck, der über ihre Megafone tönt, nicht unwidersprochen hinnehmen und dies auch kundtun. Diese hätte auch unabhängig von gelungener Recherche stattfinden können. Und sei es bei der Lesung oder direkt vor Ort wäre es möglich gewesen, Schönbohms Politik in der Berliner Öffentlichkeit zu thematisieren und anzugreifen. Hätte es noch am Samstag Morgen eine effektive Recherche und Fahrwachenstruktur und ein paar aufmerksame RadiohörerInnen gegeben, wäre es von Mitte aus noch möglich gewesen zu den Nazis hinzukommen und dabei noch Leute aus dem Spektrum der Sozialdemo und der Lesung einzubeziehen. Diese politische Variante war auf der Vorbereitung zu früh der Checkervariante vorgezogen worden.

Und das müssen wir uns echt anziehen, daß eine politische Bestimmung jenseits von "Nazi-Aufmarsch-verhindern" oder wahlweise "angreifen" auf jeden Fall zu kurz gekommen ist. Zudem haben wir uns zu sehr von der Ankündigung des Bürgerbündnisses beeindrucken lassen, auf der Lesung wohlmöglich durchzusagen, wo die Nazis sind, aber auch keinen Fall dorthin zu mobilisieren, da eine Konfrontation mit Faschos nicht erwünscht sei. Naja, küsst die Faschisten, wenn ihr sie trefft.

Einig waren sich aber beide Seiten, daß die Vorbereitung von zu wenigen Leuten mitgetragen wurde. Während die Zusammenarbeit mit dem reformistischen Spektrum, das z.B. die AnmelderInnen in Spandau stellte, relativ gut lief, klinkten sich nur sehr wenige Gruppen und von denen oft nur wenige Personen aktiv in die Vorbereitung ein und übernahmen gar organisatorische und politische Verantwortung. Die Diskussion um das Vorgehen gegen die Nazis wurde von zu wenigen geführt. Die wenigen OrganisatorInnen waren zu sehr in die praktische Vorbereitung eingebunden und fielen dadurch einem gewissen Autismus anheim - als erst einmal das Konzept beschlossen war, wurde es durchgezogen, blind vor Überlastung und mit dem unguten Gefühl im Hinterkopf, daß wenn das ein oder andere noch einmal umgestoßen werden würde, es nicht genug Leute gäbe, die sicht verantwortlich um eine Struktur kümmern, die ein ein flexibleres Konzept ermöglicht.

Das wars erstmal.

Festzuhalten wäre, daß AntifaschistInnen jetzt und auch in Zukunft, des öfteren mit relativ kurzfristig angekündigten Aumärschen und Aktionen von Nazis auch in größerer Anzahl zu rechnen haben. Letzere haben aus unserem Vorgehen und unseren Moblisierungsfähigkeiten der letzten Jahre gelernt und sind inzwischen oftmals in der Lage, auf die Schnelle Ort und Zeit ihrer Aktionen zu verändern. Darauf müssen wir uns politisch und organisatorisch einstellen.

einige aus der Vorbereitung

oh leider layout vergessen

!!Achtung, Achtung!!
Die NPD hat für den 1. August einen Aufmarsch in Neustrelitz angemeldet.Die Nazis sind in dieser Region MV's seit längerem sehr aktiv.Es soll eine Gegenmobilisierung geben. Also hört Euch um und achtet auf Ankündigungen!
Für den 19. September hat die NPD ihre Wahlkampfabschluß-Veranstaltung in Rostock angemeldet. Achtet auch hier auf weitere Infos!Kein Fußbreit den Faschisten!

Antifa-Aktion gegen DVU-Bus

Am 20.06.1998 haben AntifaschistInnen am Bremer Hauptbahnhof versucht, eine Busfahrt von Nazis zu einer zentralen Sonnenwendfeier verschiedener DVU-Landesverbände (Landesverbände von Niedersachsen, Hamburg, Bremen, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein) im schleswig-holsteinischen Pölitz (taz Bremen) zu verhindern.
Gegen 17.00 Uhr wollten ca. 90 Antifas durch das Verteilen von Flugblättern und eine Blockade des Reisebusses die Abfahrt des Busses verhindern.
Der Bus war vom Landesverband der DVU-Bremen bei der Firma „von Rahden" gechartert worden. Die Fahrt startete in Bremerhaven. In Bremen sollten weitere Faschisten zusteigen, um dann zur zentralen Sonnenwendfeier zu fahren. Kurz nachdem der Bus am Bremer ZOB beim Bahnhof angekommen war, versuchten die Antifas die Blockade umzusetzen. Dabei kam es zu einem tragischen Unfall, als einer der Busreifen explodierte. Die Wucht der Explosion hatte zur Folge, daß einer der Umstehenden durch herumfliegende Reifenteile und die enorme Druckwelle schwer verletzt wurde. Er mußte am selben Tag noch an der Hand operiert werden, außerdem zog er sich Verletzungen an beiden Ohren, sowie schwere Prellungen zu.
Der Unfall ereignete sich bereits zu Beginn der Aktion, die danach abgebrochen werden mußte. Eigentlich hätte nach erfolgreicher Blockade eine „Spontandemonstration" stattfinden sollen. Dazu kam es auf Grund des Chaos, welches nach der Explosion entstand, nicht mehr. Zuerst war überhaupt nicht klar, was passiert war und wie immer entstanden die unterschiedlichsten Gerüchte. (Manche dachten, daß geschossen worden war etc.)
In der Vorbereitungsphase der Aktion wurde ein Unfall dieser oder jeder anderen Art nicht bedacht. Dementsprechend planlos gestaltete sich das Ende der Aktion. Viele konnten sich nicht entscheiden, ob sie gehen, oder, nicht zuletzt wegen des Verletzten, in der Nähe bleiben sollten. Im Nachhinein wird uns deutlich, daß sich vor solchen und ähnlichen Aktionen besser und genauer auf unvorgesehene Ereignisse vorbereitet werden muß. Die eintreffende Polizei griff wahllos Personen aus der Masse der Umstehenden heraus und nahm sie fest. Sie ging bei den Verhaftungen sehr willkürlich vor und nahm selbst in umliegenden Stadtteilen der Bahnhofsvorstadt und in Straßenbahnen Personen fest. Auch eine große Menge übereifriger Denunzianten hatte an einigen Festnahmen Anteil. Insgesamt belief sich die Zahl der Festgenommenen auf 21, die zwischen sechs und acht Stunden in Polizeigewahrsam verbringen mußten. Alle wurden ED behandelt und nach den üblichen Schikanen in der Nacht wieder auf freien Fuß gesetzt. Wie schon erwähnt hatte die DVU-Bremen die Fahrt organisiert. Zu den TeilnehmerInnen gehörten nicht nur DVU-Mitglieder und Parteifreunde, sondern auch Mitglieder der NPD, Freie Nationalisten und Hammer-Skins. Nachdem der erste Bus fahruntüchtig war, konnten sie nicht wie geplant fahren. Ob dennoch einzelne ihr Ziel erreichten, wissen wir nicht.
„Die DVU organisiert neben anderen Parteien und Organisationen schon seit mehreren Jahren Sonnenwendfeiern. Innerhalb der Gesellschaft werden die Rituale der Sonnenwendfeiern kaum beachtet und höchstens als esoterischer Humbug abgetan. Doch hinter einer Sonnenwendfeier steht deutlich mehr als nur ein Lagerfeuer mit deutschtümelnden Gesängen am längsten Tag des Jahres, es ist ein zentrales Fest im (Neu-)Heidentum. Die meisten Nazis haben sich einem völkischen Heidentum verschrieben, das Christentum wird abgelehnt und bekämpft. So behaupten sie, daß das Heidentum die ursprüngliche Religion der „arischen Rasse" bzw. der Germanen sei und benutzen sie als Fundament für ihre braune Ideologie. So werden z.B. der Mythos des Übermenschen, der Sozialdarwinismus (Recht des Stärkeren), die Rassentheorien, die zum Holocaust führten, mit dieser "Religion" begründet. Die Pflege der alten Traditionen steht zwar nicht im Vordergrund der DVU-Politik, findet aber statt.
Zur Bundestagswahl '98 will die DVU mit dem ehemaligen Republikaner-Vorsitzenden Franz Schönhuber als Spitzenkandidat antreten und rechnet mit dem Einzug in den Bundestag. Um dies zu verhindern müssen wir alle Stellung gegen die DVU und andere Nazis, sowie deren Helfershelfer im konservativen Lager beziehen und diese mit allen Mitteln bekämpfen." (Zitat aus dem Flugblatt zu der Aktion)

AntifaschistInnen aus Bremen

WESER KURIER
TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN

Bremen: Autonome stürmten Bus

Rechtradikale Reisegruppe mit Farbeiern beworfen / Eine Person verletzt

Von unserem Redaktionsmitglied Peter Voith

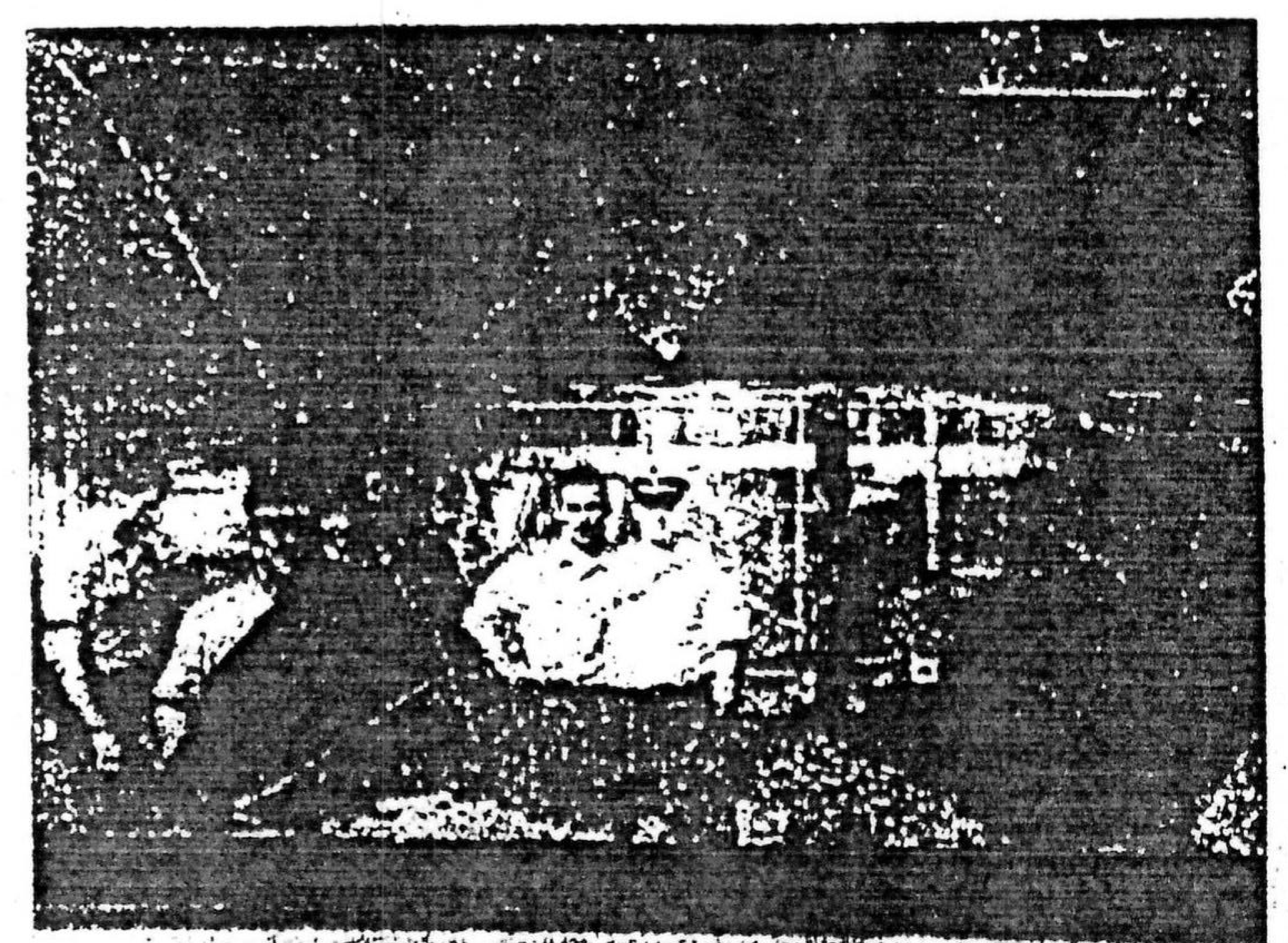
Bremen. Ein vor dem Hauptbahnhof parkender Reisebus mit älteren Passagieren, Anhängern des rechtsradikalen Spektrums, ist gestern am späten Nachmittag von einer Gruppe aus der autonomen Szene gestürmt worden. Nach ersten Informationen der Polizei wurde einer der Angreifer verletzt, als er einen Reifen des Busses zerstechen wollte. Es kam zu einer Explosion, dabei seien ihm die Gummiteile um die Ohren geflogen. Der Mann wurde von einem Notarzt ins Krankenhaus gebracht.

Wie die Polizei mitteilte, hatten die Autonomen den Bus gegen 16.45 Uhr mit Farbbeuteln beworfen und die unteren Scheiben des Doppeldeckers eingeschlagen. Ein Augenzeuge, der am Bahnhof gerade in die Straßenbahn steigen wollte: „Sofort schritt die Polizei ein. Sie versuchte, die flüchtenden Leute einzuholen."

Wie aus Polizeikreisen verlautete, sollen die Autonomen – nach ersten Angaben 30 bis 50 – auch Benzinkanister dabei gehabt haben. Wollten sie womöglich gar den Bus in Brand stecken?

Wie es weiter hieß, wollte die Reisegesellschaft von Bremen aus in die Hamburger Gegend fahren, um dort an einer „Sonnenwendfeier" nach germanischem Brauch teilzunehmen. Für die Reise dürften sie auch die Dienste eines Sicherheitsunternehmens in Anspruch genommen haben, denn, so berichtete ein Augenzeuge: „Gleich nach dem Vorfall wurden die Leute von Security-Männern abgeschirmt."

Bis in die späten Abendstunden waren Polizei und Staatsanwaltschaft gestern bemüht, den Vorfall zu erhellen. Genaue Erkenntnisse sollen heute bekanntgegeben werden.



Schadensbilanz: Polizisten begutachten vor dem Bremer Bahnhof die eingeschlagenen Scheiben des Reisebusses. Foto: Fricke

Sonntag, 21. Juni 1998 · Nr. 25 (142)

10. bis 12. Juli 1998

Love Parade 1998

Am 11. Juli 1998 findet in Berlin die Love Parade statt. Aus gegebenen Anlaß wollten wir das **"No limit Ticket"** fur die Besucher der Love Parade herausgeben. Da es aber aufgrund von uns nicht zu vertretenden Umständen zu keiner ausreichenden Produktion gekommen ist, haben wir uns zu einer ungewöhnlichen Maßnahme entschlossen!

In dem Zeitraum vom 10. Juli ab 18.00 Uhr bis 12. Juli 1998 24.00 Uhr können Sie **gratis** und mit einer Begleitung Bus und Bahn nutzen (ausgenommen regionale Omnibuslinien der HVG und Ausflugs- und Sonderlinien). Einfach den Gutschein abschneiden und los geht's!

Diese einmalige Attraktion ist uns erst durch die finanzkräftige Unterstützung von vielen Berliner Clubs, sowie der Einnahmen durch die Vermietung von Bussen an die rechtsextreme "Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD) ermöglicht worden.

Fahrgäste, welche schon ein "No limit Ticket" gekauft haben, können dieses an allen BVG- und S-Bahn-Verkaufsstellen umtauschen. Natürlich erstatten wir Ihnen An- und Abfahrtskosten.

BVG

Berliner
Verkehrsbetriebe

Gutschein
für die kostenlose Benu
Bussen und Bahnen
in der Zeit vom
ab 18 Uhr
199

BVG: Keine Freifahrt bei der Love Parade

Gefälschte Infos im Umlauf

BERLIN (Ha). Die Berliner Verkehrsbetriebe und die S-Bahn Berlin GmbH warnen vor gefälschten Informationsblättern, die jetzt in Berlin aufgetaucht sind. Auf dem im üblichen BVG-Design gestalteten DIN-A-5-Zettel wird mittels eines aufgedruckten Gutscheines eine Gratisfahrt für zwei Personen während des Love-Parade-Wochenendes angeboten. Die Fälscher begründen die „Freifahrt" an drei Tagen mit zwei – offensichtlich politisch motivierten – Unwahrheiten: Zum einen habe die BVG es nicht geschafft, die „No-Limit-Tickets" rechtzeitig zu produzieren, und zum anderen sei durch Vermietung von Bussen an die rechtsextreme NPD vor einigen Wochen ordentlich Geld in die Kasse gekommen. Vor einigen Wochen hatte die BVG in der Tat für ein NPD-Treffen in Hohenschönhausen vier Busse vermietet.

Die BVG warnte davor, sich ohne Fahrschein in Bus oder Bahn zu setzen. Denn es gebe zu diesem Technotreffen einen speziellen Fahrschein, der für lediglich 10 Mark für 54 Stunden in den Verkehrsmitteln gelte: von Freitag 18 Uhr bis Sonntag 24 Uhr. Zielgruppengerecht kommt der Fahr-„Schein" in Form eines Armbandes aus Plastik daher, „attraktiv und fluoreszierend".

No Limit !!!

Gesagt getan. Da sich die BVG nicht traut ihren eigenen Slogans Nachdruck zu verleihen, haben wir dies getan. Das nach BVG angaben günstige Angebot für alle Technofanatiker, haben wir noch etwas unterboten und vielen Fahrgästen die Möglichkeit zum Schwarzfahren gegeben. Dies halten wir für ein unschlagbares Angebot...

Wir haben uns mit viele anderen Gruppen zusammengetan, um die BVG-Chefetage mit dieser Aktion ein wenig durcheinander zu bringen. Es sollte Aufmerksamkeit auf die verfehlte Tarifpolitik, die sexistische Werbung und die Unterstützung der NPD mit Bussen am 20. Juni gelenkt werden..

Solidarität mit allen Gruppen, die auch etwas gegen die BVG-Politik unternehmen.

Kommando "Angebotsinformation"

Was ist passiert?



Am 14.7.97 wurde ein Brandanschlag auf Fahrzeuge des Tübinger Regierungspräsidiums verübt. Bei der Landespolizeidirektion Tübingen wurde daraufhin eine Sonderkomission eingerichtet. Etwa 14 Tage später gab es in diesem Zusammenhang eine Hausdurchsuchung bei X, einem 35-jährigen Tübinger. Gefunden wurde nichts, das Verfahren wurde einige Zeit später eingestellt. Auf beharrliches Drängen seines Anwalts wurde die Akte zum Ermittlungsverfahren gegen X widerwillig ausgehändigt.

Aus den Akten ergibt sich, daß die Sonderkomission zunächst gegen 280 Personen ermittelte, die sie wohl alle dem linken Spektrum in Tübingen/ Reutlingen zuordnet. Aus diesen 280 Personen wurden mittels eines Rasters 18 Personen herausgefiltert, von denen die Sonderkommision behauptet ***"... Bei der verbliebenen Zielgruppe muß es sich um die Tätergruppe handeln."*** (vgl. Schwäbisches vom 2.5.98). Der einzige aus den Akten hervorgehende Anhaltspunkt für die Erstellung des Rasters war das Bekennerinnenschreiben: Aus der politischen Argumentationsweise und aus der verwendeten Sprache wurden "Täter- und Täterinnen"-Merkmale abgeleitet, so z.B., daß die "Täter bzw. Täterinnen" in den 50er bzw. 60er Jahren geboren sein müssen. Die Spurenauswertung war noch nicht abgeschlossen, als die Sonderkomission wenige Tage nach dem Anschlag eine Hausdurchsuchung bei den 18 Personen aus Tübingen und Reutlingen durchführen wollte. Unter den 18 Personen befinden sich auch die Anwälte Franz Spindler und Axel Oswald. Franz Spindler ist der Anwalt von X. Begründet wurden die Ermittlungen gegen die Rechtsanwälte unter anderem damit, daß sie sich im Asylrecht engagieren. Zu den Vorwürfen gegen die Anwälte gibt es bereits einen Artikel in der Südwestpresse (siehe Innenseite).

Bei ihren eigenen Vorgesetzten bei der Staatsanwaltschaft erhielten die Sonderermittler eine Abfuhr. Oberstaatsanwalt Weller weigerte sich, beim Amtsgericht eine Hausdurchsuchung bei den 18 Personen zu beantragen. Offensichtlich war selbst ihm das polizeiliche Verdachtskonstrukt zu diffus und unhaltbar.

Die angebliche "Täter/innengruppe"

Zu den als tatverdächtig eingestuften 18 Personen gibt es in den Akten jeweils 1 bis 1,5-seitige Kurzdossiers. In ihnen sind fast ausschließlich öffentliche Veranstaltungsbesuche und Demo-Beteiligungen sowie in einzelnen Fällen geringfügige "Straftaten" aufgelistet, die zum Teil 10 und mehr Jahre zurückliegen. Weiter wird in der Akte ein Zusammenhang zwischen der "Tat" und der Mitarbeit in bestimmten öffentlich arbeitenden politischen Gruppen nahegelegt, nämlich dem "Komitee gegen die Bezirksstelle" (KGB), dem "Projekt Zuflucht", der "Initiative für die Freiheit der politischen Gefangenen" und dem "Bündnis gegen Abschiebehaft". Alternativ zur angeblichen oder tatsächlichen Mitarbeit in einer der genannten Gruppen wird auf ziemlich beliebige Weise das Engagement in den "szenetypischen" Politikfeldern als Verdachtsmoment genannt: Hausbesetzer/innenbewegung, Anti-Atom-Bewegung, Antifa, Kurdistansolidarität, Wagenburg und Kontakt zu politischen Gefangenen.
Höchst interessant fanden wir auch die Behauptung, die 18 Personen bildeten ihrerseits eine fe-

dren mich um'

ste Gruppe und hätten den Anschlag gemeinsam vorbereitet und durchgeführt. Zitat: ***"Bei der verbliebenen Zielgruppe muß es sich um die Tätergruppe handeln, der Tatbeitrag der einzelnen Personen ist beim jetzigen Stand der Ermittlungen nicht einzuschätzen."*** Macht nichts, denn ***"es dürfte sich jedoch um eine gemeinsam geplante und von allen subjektiv getragene Tat gehandelt haben".*** Nachdem die obengenannten Kurzdossiers bereits verfaßt waren, holte die Tübinger Sonderkomission vom Verfassungsschutz sowie vom Bundeskriminalamt (BKA) bewertende Stellungnahmen ein.

Der Verfassungsschutz kam dabei zu der "Erkenntnis", daß der "Täter/innenkreis" zumindest teilweise in der "Initiative für die Freiheit der politischen Gefangenen" zu suchen sei. Zur Begründung wird angeführt, daß ein Abschnitt im Bekennerschreiben, der eingeleitet wird mit *"Ein paar Anmerkungen zum Schluß"* und sich inhaltlich auf RAF, bewaffneter Kampf und militante Linke bezieht, mehr als die Hälfte des Textes ausmache. So einfach ist das.

Ein paar Kostproben


07.03.1995 - Bei der Bezirksstelle für Asyl in Reutlingen gingen zwei Postkarten ein, in denen die Freiheit eines nigerianischen Abschiebehäftlings gefordert und die gängige Abschiebepraxis angeprangert wird. Als Absender war bei einer Karte die Anschrift von X, angegeben.

14.04.1989 - Beendigung der Stiftskirchenbesetzung in Tübingen am Holzmarkt mit anschl. Kundgebung zum Thema "Hungerstreik". Unter den Teilnehmern dieser Veranstaltung war auch X

1987 wurde PKW von Frau X, bei Veranstaltungsreihe "Profan" ("Für eine Gesellschaft ohne Knäste") im Raum Tübingen/Reutlingen festgestellt.

19.05.1990 - Demonstration gegen das ... setz.

15.07.1997 - (einen Tag na... Abmeldung nach St...

09.03.1990 - Teilnehmer an einer ... tion "Freilassung von Günter SON... andere haftunfähige Gefangene".

15.07.1995 - Teilnahme an ... "Bundesweite Aktionswoche ... schiebemaschinerie - Schl... schiebeknastes" in Rotten...

0815081

Schwäbisches Tagblatt

Zum Verfasserkreis

Zwei Tübinger Linksanwälte im Visier der Polizei

Die Ermittlungsgruppe „Mühlbach" hatte schnelle Arbeit geleistet: „Die genannten Personen sind verdächtig, die Brandstiftung auf das Parkhaus des Regierungspräsidiums Tübingen am 14. Juli 1997 geplant, vorbereitet und durchgeführt zu haben." Keine zehn Tage waren seit dem Feuer vergangen, da konnte die Polizei eine Liste mit 18 Verdächtigen präsentieren.

Die Fahnder hatten sich Mühe gegeben: Konkrete Spuren gab es kaum, weder Fingerabdrücke noch Speichelspuren. Dafür gab es ein Bekennerschreiben („Feuer und Flamme den Abschiebebehörden"), dessen Wortlaut Landeskriminalamt und Verfassungsschutz analysierten. Das Papier stammte aus einem Tübinger Kopierladen, der Brief wurde hier eingeworfen. Fazit der Ermittlungsgruppe: Bei den Brandstiftern mußte es sich „um Personen aus der linksextremistischen Szene aus dem Bereich Tübingen/Reutlingen handeln".

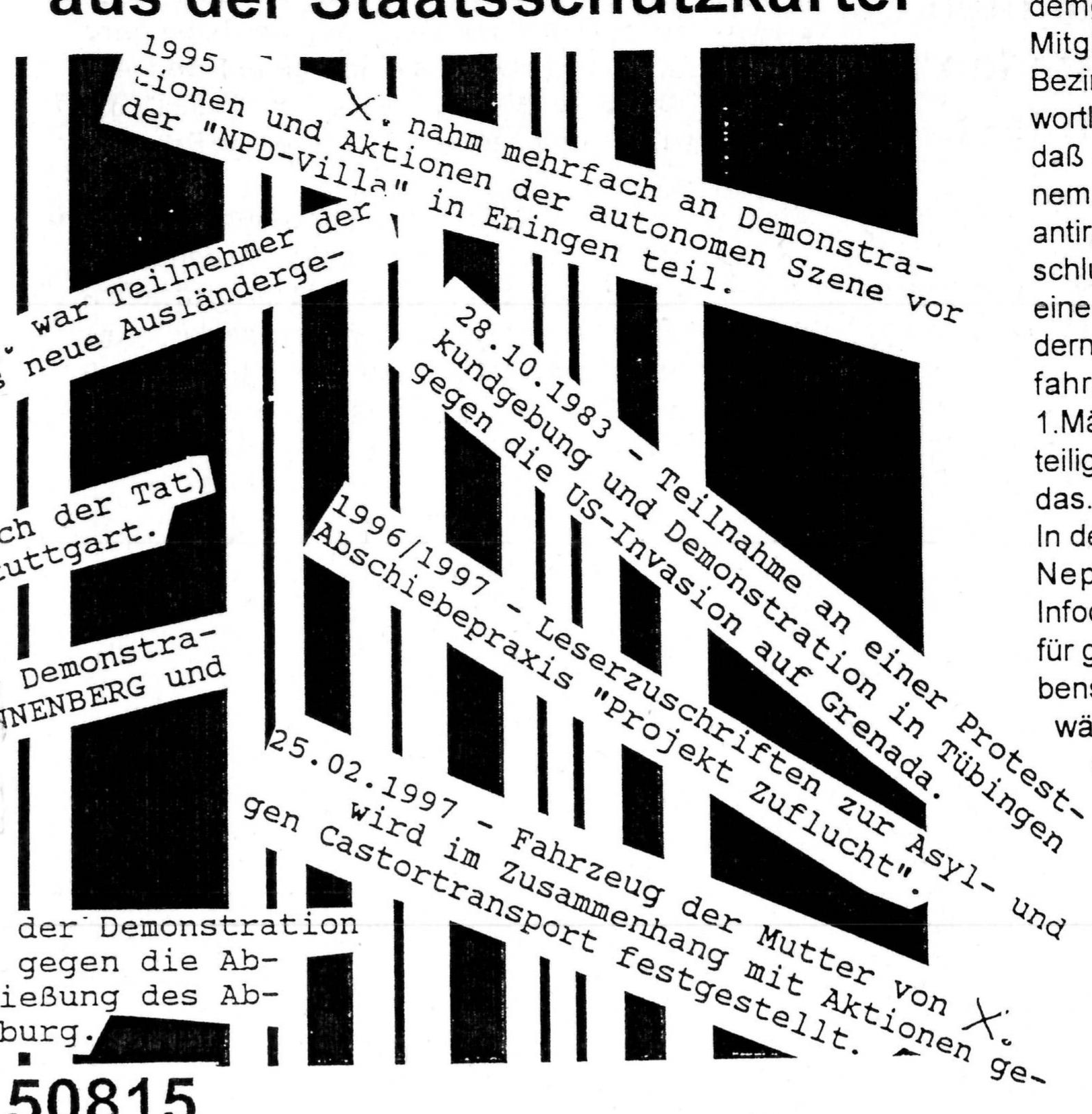
Also wurde „der gesamte, der Polizei bekannte linkspolitische bzw. mit der Abschiebe- und Asylproblematik befaßte Protest-Personenkreis aus dem Bereich Tübingen/Reutlingen" überprüft – insgesamt 280 Personen. Die meisten erwiesen sich als harmlos, aber 18 Verdächtige blieben übrig. Die „logische, fast zwingende Feststellung" der Ermittler: „Bei der verbliebenen Zielgruppe muß es sich um die Tätergruppe handeln." Eine kleine Einschränkung: „Der Tatbeitrag der einzelnen Personen ist beim jetzigen Stand der Ermittlungen nicht einzuschätzen." Macht aber nichts, denn: „Es dürfte sich jedoch um eine gemeinsam geplante und von allen subjektiv getragene Tat gehandelt haben." Also Aktendeckel zu und los zur Razzia.

Wenn da nicht so etwas wie der Rechtsstaat wäre. Denn bevor die Polizei ein Schlafzimmer durchwühlen darf, muß sie ihre Indizien erst einmal der Staatsanwaltschaft vorlegen. Die muß dann ihrerseits beim zuständigen Gericht einen Durchsuchungsbefehl beantragen. So hurtig mochte der Tübinger Oberstaatsanwalt Hans-Joachim Weller damals aber nicht mitziehen. Er weigerte sich, überhaupt einen Antrag zu stellen. Der Grund, sagte der Leitende Oberstaatsanwalt Hans Ellinger am Donnerstag dem TAGBLATT lapidar: „kein hinreichender Tatverdacht".

Besonders pikant: Unter den 18 Leuten auf der Polizei-Liste befinden sich auch die beiden Tübinger Rechtsanwälte Franz Spindler, 39, und Axel Oswald, 40. In ihrem Bericht an die Staatsanwaltschaft zählt die Ermittlungsgruppe auf jeweils etwa einer Schreibmaschinenseite auf, was aus ihrer Sicht gegen die beiden Juristen spricht. Das reicht von allgemeinen Aussagen („Teilnehmer an Aktionen im linksextremistischen Bereich") bis zum konkreten Datum („25. Januar 1996 – Spindler spricht auf einer Veranstaltung ... zu den gesetzlichen Grundlagen der Abschiebehaft"). Ein weiteres Verdachtsmoment: „In der autonomen Szene in der Reutlingen/Tübingen tauchen mehrfach Broschüren, Flugblätter und ähnliche Schriftstücke auf, die sich mit Rechtsfragen zum Asylthema beschäftigen." Die beiden Anwälte, vermuten die Ermittler, dürften „zum Verfasserkreis dieser Schriften gehören". Auf einen Nenner ge-

brach... mistis... Ve... det s... chen... um g... uns"... walt... mißl... enga... nung... Anw... durc... Juris... „Da... ler R... Antr... staat... derg... Po... te sic... Ermi... wälte... Staat... viel:... gang... Da... haup... ren h... fall. ... mit ... war,... däch... Arbe... durc... (das

aus der Staatsschutzkartei



Das **BKA** stellt in seinem Gutachten demgegenüber die These auf, daß Mitglieder des Komitee gegen die Bezirksstelle für den Anschlag verantwortlich seien. Aufgrund der Tatsache, daß sich das "KGB" seit 1992 in einem bundesweiten Zusammenschluß antirassistischer Gruppen organisiert, schlußfolgert das BKA messerscharf eine Tatbeteiligung von KGB-Mitgliedern am ersten Anschlag auf Dienstfahrzeuge des RP Tübingen vom 1.März 1993 und somit auch eine Beteiligung im Juli 1997. So einfach ist das.

In den Akten werden weiter das Cafe Nepomuk, die Schellingstraße/ Infocafe und der Provenceweg/Verein für gemeinschaftliche Wohn- und Lebensformen als Szenetreffpunkte erwähnt. Über die Schellingstraße gibt es einen detaillierten Plan in den Akten über die Zu- und Abfahrtswege und die Räumlichkeiten im Haus.

....weiter auf der letzten Seite

X. wohnt in unmittelbarer Tatortnähe.

...ht: „Rechtsanwalt der linksextre...schen lokalen Szene".
...rbotenes, gar Gewalttätiges, fin...ich freilich nicht in der polizeili... Aufzählung. „Da geht es nur ...ganz legale juristische Arbeit von ..., empört sich Spindler. Der An... vermutet: „Wir sind der Polizei ...iebig, weil wir im Asylbereich ...giert arbeiten." Daß die Woh...gen und Kanzleien der beiden ...älte im vergangenen Juli nicht ...hsucht wurden, verdanken die ...ken dem Staatsanwalt. Spindler: ...muß ich dem Staatsanwalt Wel...espekt bekunden, daß er diesen ...ag abgelehnt und seine rechts...lichen Grundsätze in den Vor...rund gestellt hat."
...lizeisprecher Uwe Seidel moch...ch am Donnerstag nicht zu den ...ittlungen gegen die beiden An...e und zu der Abfuhr durch die ...tsanwaltschaft äußern. Nur so ...„Das ist ein ganz normaler Vor...."
...aß Spindler und Oswald über...pt von den Ermittlungen erfah...haben, verdanken sie einem Zu... Nachdem die Ermittlungsgruppe ...ihrem Razzia-Antrag abgeblitzt ... präsentierte sie einen 19. Ver...tigen. Dessen Wohnung und ...itsplatz wurden tatsächlich ...hsucht – freilich ohne Erfolg ...TAGBLATT berichtete).

Im Juli 1997 brannte es im Parkhaus des Tübinger Regierungspräsidiums am Mühlbach. Wer das Feuer gelegt hat, ist bis heute nicht bekannt. Archivbild: Metz

Der 35jährige Tübinger, gegen den zuvor schon einmal wegen eines Brandanschlags aus dem Jahre 1982 ermittelt worden war (ebenso ergebnislos), nahm sich einen Anwalt – Franz Spindler. Fünf Monate, nachdem das Verfahren gegen den 35jährigen eingestellt wurde, bekam Spindler jetzt nach langem Hin und Her die 666 Seiten umfassenden Ermittlungsakten ausgehändigt – und stieß dort auf seinen eigenen Namen.

Wegen der nach ihrer Meinung ungerechtfertigten Anschuldigungen wollen die beiden Anwälte nun gegen die Leiter der Ermittlungsgruppe „Mühlbach" eine Dienstaufsichtsbeschwerde einreichen – verbunden mit einer Strafanzeige wegen „übler Nachrede".

Michael Hahn

Samstag, 2. Mai 1998 31

Wir, die 18 sogenannten "Tatverdächtigen", stellen zu diesen Vorgängen fest:

Tatsächlich sind wir alle geboren, und ein Teil sogar in den 50er bzw. 60er Jahren. Die Mehrheit von uns arbeitet seit mehr als 10 Jahren kontinuierlich in verschiedenen politischen Gruppen in Tübingen und/oder Reutlingen. Einige auch in den Gruppen, die in den Akten erwähnt sind. Andere wiederum stehen mit diesen Gruppen in keinem Zusammenhang oder sind schon seit Jahren nicht mehr aktiv. Manche sind später dazugekommen. Manche von uns kennen sich nicht einmal persönlich! So stimmt die Zusammensetzung der "Gruppe von Hauptverdächtigen" noch nicht einmal mit den von der Sonderkomission selbst aufgestellten Rasterkriterien überein.. Dennoch gehen wir nicht von Zufälligkeiten bei ihrer Zusammenstellung aus. Aus der Geschichte politischer Ermittlungsverfahren gegen Linke ist bekannt, wie Verfolgungsbehörden Gruppen, sprich *"kriminelle Vereinigungen"*, konstruieren. Der Konstruktion einer solchen Gruppe liegen so gut wie nie juristische Beweise oder Indizien, sondern in den meisten Fällen politische Überlegungen zugrunde. Ziel dabei ist es, linke Politikansätze, Zusammenhänge oder Strukturen zu bekämpfen, zu schwächen, zu lähmen. Je größer das Spektrum derer, die mit Kriminalisierung bedroht und in einen nichtexistierenden Gruppenzusammenhang gepreßt werden, desto genereller die Abschreckung einerseits und desto schwieriger, so das zugrundeliegende Kalkül, die gemeinsame Gegenwehr andererseits. Mit der Wirklichkeit haben diese Gruppenkonstruktionen nichts zu tun. Dies gilt auch für unseren Fall.

Auch wenn es in unserem Fall erstmal "nur" um eine beantragte Hausdurchsuchung geht: Die Drohung, die mit diesem Ermittlungsverfahren ausgesprochen wird, ist eindeutig. Es passiert irgendetwas irgendwo in Tübingen und alle oder Teile der 18 Personen sind "dran". Und mit ihnen sollen die Gruppen, in denen sie arbeiten, unter Druck gesetzt und ein Klima der Einschüchterung produziert werden. Die Gruppenarbeit soll durch den Zwang, der Repression entgegenzutreten, gelähmt werden. Die politische Basisarbeit könnte so zerstört werden, lokal in Tübingen/Reutlingen momentan diejenige gegen den Abschiebeknast in Rottenburg, die staatliche Flüchtlingspolitik, die Castortransporte,...- um nur einige Beispiele zu nennen.

Als weiteres Motiv für das Ermittlungsverfahren sehen wir den Erfolgsdruck der Fahndungsbehörden. In den vergangenen zwei Jahrzehnten sind viele militante Aktionen in der Region gelaufen, die bis heute nicht aufgeklärt werden konnten. Immer gab es auch die Auseinandersetzung um verschiedenste Widerstandsformen und um bewaffnet/militant kämpfende Gruppen. Nicht zuletzt deshalb waren in Tübingen 1991/92 zwei verdeckte Ermittler eingesetzt worden. Der damalige Einsatz endete für die Verantwortlichen juristisch und politisch mit einem Schlag ins Wasser. Aber wie '92 bereits von den Betroffenen vermutet, stellen die dabei völlig unkontrolliert angehäuften Datenberge für einige von uns, die damals schon Zielpersonen des Verdeckten-Ermittler-Einsatzes waren, heute eine neuerliche Bedrohung dar. Und darin liegt allgemein wohl das dritte Motiv der Staatsschützer: Sammeln, sammeln, konstruieren, irgendwann wird's schon mal passen. Der völlig unbewiesene Verdacht von heute wird so zum ersten Ermittlungsansatz Jahre später.

Was tun?

Wir werden Antrag auf Akteneinsicht stellen und Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die verantwortlichen Beamten einlegen. Außerdem werden wir an die Presse gehen und die Öffentlichkeit informieren.

Diejenigen von uns, die politisch organisiert sind, werden ihre Politik weiterführen.
Wir lassen uns weder bedrohen,
noch lassen wir uns den Mund verbieten,
noch hören wir auf, uns da zu engagieren wo wir es für notwendig halten.

Von euch, die das Flugblatt lesen, wünschen wir uns Solidarität, keine Tratschgeschichten und, daß ihr euch ebenfalls nicht einschüchtern laßt. Was vordergründig uns gilt, gilt in zweiter Linie allen zur Abschreckung.

Wir legen euch allen die Veröffentlichungen zum Thema Zeugen-/Zeuginnenaussagen bzw. -verweigerung ans Herz. Macht euch Gedanken darüber, wie ihr euch im Falle einer Hausdurchsuchung oder Zeugen-/Zeuginnenvorladung verhalten wollt. Wir wollen den Teufel nicht an die Wand malen; aber es ist immer besser, sich grundsätzlich Gedanken über diese Fragen zu machen und nicht zu warten, bis der Staatsanwalt vor der Türe steht.

V.i.S.d.P.: TÜV (Tübinger Übliche Verdächtige), Im Datenspeicher 1, Konrad Adenauerstr.32, 72072 Tübingen
Erste Auflage: 280. Aber das sind noch nicht alle!

EU- und Weltwirtschaftsgipfel 1999 in Köln

Nächstes Vorbereitungstreffen für Berliner Gruppen und interessierte Einzelpersonen

5. August 19.30 Uhr

Blauer Salon Mehringhof Gneisenaustr. 2a

Themen: Thesenpapier zum WWG aus Köln / Berliner Veranstaltungen zu Köln 99

10 Thesen zum WWG aus Köln

1. Bedeutung des WWG

Daß die Regierungschefs der imperialistischen Hauptländer ihr Treffen "Welt"-Wirtschaftsgipfel nennen, ist einerseits Ausdruck von Arroganz, so als wären die sieben Staaten (plus Rußland) schon die Welt. Und es ist Ausdruck von realen Machtverhältnissen - schließlich beherrschen die Konzerne und Banken tatsächlich die kapitalistische Weltwirtschaft.
Seit 1975 finden jährlich WWGs statt, die der Absprache zwischen den kapitalistischen Großmächten dienen. Gestritten wird über Absatzmärkte, Wechselkurse, Atomkraft und Rüstung. Der Club der Reichen bildet eine Front gegen die Menschen im Trikont, die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas und gegen revolutionäre Bewegungen. Er steht auch gegen Forderungen wie der nach der Streichung aller Schulden oder für garantierte Rohstoffpreise.

2. Kapitalistische Ausbeutung weltweit

Mit der Eroberung Lateinamerikas wurde die in Afrika begonnene Ausplünderung des Trikonts auf die ganze Welt ausgedehnt. Als Folge davon leben drei Viertel der Menschheit in Armut, Unterernährung, Krankheit und Analphabetismus. Banken und Konzerne sowie ein Teil der Bevölkerung in den kapitalistischen Zentren Westeuropas, Nordamerikas und Japans profitieren von diesen Verhältnissen.
Doch auch hier nehmen Erwerbslosigkeit, Verelendung und mangelnde Ernährung zu, wachsen Ghettos, Slums und Obdachlosensiedlungen. Innerhalb der verelenden Trikontstaaten leben die herrschenden Eliten im Luxus, profitieren von dem Pakt mit dem Kapitalismus.
Damit dies so bleibt, werden vom Internationalen Währungsfond (IWF, beherrscht von den WWG-Staaten) immer neue Programme aufgelegt, die Kürzungen von Subventionen für Grundnahrungsmittel, Wohnungsbau und Gesundheitsversorgung vorsehen sowie eine Senkung der Löhne, Entlassungen und eine Liberalisierung des Außenhandels erzwingen. Neue Kredite werden an die Erfüllung der IWF-Auflagen gebunden.
Die Länder des Trikonts werden gezwungen, ihre Wirtschaft vollständig auf den Export zu orientieren: Produziert wird, was Devisen bringt, nicht was die Menschen brauchen.

3. Patriarchat

Frauen leisten aufgrund der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung fast überall unbezahlte Reproduktionsarbeit (Hausarbeit, Kindererziehung, soziale Versorgung). Insgesamt verrichten sie 2/3 aller Arbeit, erhalten aber nur ein Zehntel des Einkommens und besitzen nur 1% des Eigentums. Sie bekommen im Durchschnitt 40% weniger Lohn als männliche Arbeiter. Frauen werden bei der Ernährung und Ausbildung, sowie der Gesundheitsversorgung benachteiligt. Sie sind vielfältigen Formen von patriarchaler, sexistischer Gewalt und Folter ausgesetzt. Frauen leben weltweit in wirtschaftlicher Abhängigkeit von (Ehe-) Männern. Das heißt z.B., daß Frauen, wenn sie keinen eigenen Paß besitzen, in der BRD keinen Asylantrag stellen können.
Ihr Körper wird als Ware gehandelt: Frauen- und Mädchenhandel aus Südostasien und Osteuropa, Sextourismus der deutschen Männer auf den Philippinen, in Thailand, Brasilien und Kenia, Darstellung von Frauen als Sexualobjekte, tagtägliche Anmache und viele Formen von sexistischer Gewalt.
In den kapitalistischen Zentren wie auch im Trikont sind sie Objekte bevölkerungspolitischer Maßnahmen. Mit Hilfe von Gen- und Reproduktionstechnologien wird Frauen die Kontrolle über ihre Gebärfähigkeit entzogen. Das Ziel ist, genügend "weißen" Nachwuchs zu sichern. Frauen in Afrika, Lateinamerika, Asien und Ozeanien sowie schwarze Frauen, die in den Zentren leben, werden Zwangssterilisierungen, Zwangsabtreibungen (z.B. weiblicher Embryonen in Indien) und gesundheitsgefährdenden Verhütungsexperimenten ausgesetzt. Auf der anderen Seite werden weiße, nichtbehinderte Frauen durch sogenannte "Lebens"schutzpropaganda und Abtreibungsverbote zum Gebären erpreßt.

4. Rassistische Selektion

An den Grenzen der kapitalistischen Zentren werden Flüchtlinge und MigrantInnen selektiert nach Alter, Qualifikation, Geschlecht, politischer Gesinnung und Hautfarbe. Wer brauchbar ist, darf herein: als rechtlose ArbeitssklavInnen ohne soziale Absicherungen in Landwirtschaft, Gastronomie, am Bau und in der Textilindustrie. Sie sind für das Kapital billige Arbeitskräfte und unfreiwillige Manövriermasse zur Deregulierung der Arbeitsverhältnisse in den Zentren. Das Ziel des Kapitals ist es, die durch die ArbeiterInnenbewegung erkämpften Rechte zu zerschlagen.
Die westlichen Wohlstandsoasen verschließen vor der Masse ihrer Opfer die Grenzen. Gegen Abschiebung, Sammellager und Schnellverfahren, gegen faschistischen Terror und Pogrome organisieren wir Widerstand. Wir wollen offene Grenzen und wir wenden uns gegen jede Form der Zugangsbeschränkung, weil diese immer nur auf ökonomischen und rassistischen Kriterien beruhen kann.

5. Ökoimperialismus

Die Ausplünderung des Trikonts, Rohstoffabbau, Monokulturen, Abholzen tropischer Wälder, genetisch manipuliertes Saatgut und Chemie in der Landwirtschaft usw. führen zu Bodenerosion, Ausbreitung der Wüsten sowie klimatischen Veränderungen.
Banken, Chemiekonzerne und Atomindustrie verseuchen Menschen, Wasser, Luft und Boden im Trikont und hier mit Radioaktivität und

chemischen Giften.
Die TäterInnen sitzen in den kapitalistischen Zentren: Hier werden 80% der kommerziellen Brennstoffe verbraucht, entstehen drei Viertel der Emissionen von Kohlendioxyd und FCKW.
Der Export von Giftprodukten und Müll, die Ansiedlung lebensgefährlicher Produktionsanlagen und Technologien in den Ländern des Trikonts, der globalen Angriff auf Mensch und Natur aus Chemie- und Metallfabriken, Kohlekraftwerken und Atomanlagen, die hemmungslose Ausbeutung von Naturressourcen sind Ökoimperialismus.

6. Gen- und Atomtechnik

Gentechnologie ist nicht nur ein neuer lukrativer Markt, sondern eine weitere Destruktivkraft. Manipulierte Lebewesen mit vielfältigen, unbekannten Wirkungen gelangen in die Umwelt. Gentechnologie ist ein sich selbst vermehrendes Risiko. Sie dient außerdem der Selektion von Menschen, wie z.B. durch die Genomanalyse.
Weltweit ist die Atomindustrie wieder in die Offensive (EPR von Siemens/Framatome) und wirbt für Akzeptanz. Die vielversprechendste Zukunftsgeschäft ist die Modernisierung der AKW's im Osten. Über den einheitlichen europäischen Stromverbund ergibt sich die Perspektive, die Atomkraft in Osteuropa auszubauen und den Strom im Westen zu konsumieren. Gegen die mörderische Atomkraft, die bereits im "Normalbetrieb" Radioaktivität freisetzt, hilft nur eines - die sofortige Stillegung aller Atomanlagen.



7. BRD-Imperialismus

Mit der Annexion der DDR 1990 hat der Wiederaufstieg Deutschlands eine neue Qualität erreicht. Als Juniorpartner der USA konnte der deutsche Imperialismus während des kalten Krieges seine Macht neu aufbauen: Ökonomisch holte die BRD in den siebziger Jahren die USA ein; die deutsche Armee ist nach dem Zerfall der Sowjetunion die stärkste in Europa. Nur der direkte Zugriff auf Atomwaffen fehlt noch.
Aufgrund seiner wirtschaftlichen Stärke hat der deutsche Imperialismus damit im dritten Anlauf erreicht, was zweimal in diesem Jahrhundert militärisch scheiterte - die Vormacht in Europa.
Die Kontinuität des deutschen Imperialismus beschränkt sich nicht auf die Außenpolitik. Rassismus, verankert im Grundgesetz, in Ausländer- und Asylverfahrensgesetze, in Praxis von Polizei, Justiz und Bürokratie wird von allen staatstragenden Parteien praktiziert und ergänzt durch den Terror von Neonazigruppen.
Deutsche Waffen und Polizeiausrüstungen, deutsches Knastsystem und Überwachungsmethoden sind Exportschlager "Made in Germany". In Deutschland trainierte Militärs, Polizisten und Todesschwadronen ermordeten z.B. in Guatemala mit in Deutschland hergestellten Waffen Guerilla und Bevölkerung. Deutsche Waffen morden mit in Kurdistan, Peru und Indonesien.
Wir wollen die Auflösung von Bundeswehr, polizeilichem Repressionsapparat und Geheimdiensten sowie die Enteignung und Auflösung aller jener Banken und Konzerne, die in Kontinuität zum Faschismus bei der Ausplünderung heute federführend sind: Deutsche Bank, Dresdner Bank, BASF, Bayer, Hoechst, Siemens, Daimler-Benz...

8. Das 500jährige Reich

Alle Versuche in einzelnen Ländern, diesem System zu entrinnen, sind in der Vergangenheit fehlgeschlagen. Sie sind gescheitert an der durch den Kolonialismus erzwungenen Abhängigkeit aller Regionen von einem kapitalistischen Weltmarkt und an der Überlegenheit der imperialistischen Staaten, sowie ihrer Bereitschaft, diese rücksichtslos einzusetzen. Die Blutspur der europäischen Staaten, der USA und ihrer Satelliten zieht sich von Algerien und Vietnam, über Angola und Nicaragua, Chile und Zaire bis hin zu Panama und die Kriege am Golf.
Der "neue" alte Feind der NATO steht im Süden. Es sind die Widerstands- und Befreiungsbewegungen im Trikont und hier, die zukünftigen Elendsrevolten in Osteuropa, sowie Millionen von Flüchtlingen und MigrantInnen an den Grenzen der kapitalistischen Zentren.
Länder, die sich nicht unterwerfen wollen, werden mit Wirtschaftsblockaden ausgehungert, wie Kuba. Wir unterstützen deshalb Solidaritätsaktionen, um die Versorgung der kubanischen Bevölkerung zu sichern und dem imperialistischen Druck standzuhalten.

9. Quintessenz

Über den Weltmarkt ergibt sich eine immer engere Verzahnung der Lebensverhältnisse. Der vom internationalen Kapital propagierte "way of life" mit der speziellen Mischung aus hochdifferenzierter Lohnarbeit, Freizeitindustrie und Konsum, Single oder Kleinfamilie, baut auf dem Elend von neunzig Prozent der Menschen auf. Die Mehrheit muß um das tagtägliche Überleben bangen. Die Welt heute ist geteilt in kleine Wohlstands-Oasen und riesige ausgeplünderte Gebiete. Kapitalismus ist eine Wirtschaftsordnung einzig um des maximalen Profits willen, ohne Rücksicht auf menschliche Bedürfnisse und ökologische Zusammenhänge; ein System, in dem alles Leben nur nach dem Maßstab kommerzieller Verwertbarkeit beurteilt wird. Der Kapitalismus ist daher unfähig, die von ihm verursachten sozialen, politischen und ökologischen Krisen zu lösen.

10. Widerstand

Diese "Ordnung" wollen wir nicht! Dagegen setzten wir internationale Solidarität, Zusammen mit allen, die sich - weltweit - befreien wollen, leisten wir Widerstand gegen diese patriarchal-kapitalistischen Verhältnisse. Der WWG, als eine Veranstaltung, in der wichtige Absprachen über die weitere Entwicklung dieser mörderischen Ordnung getroffen werden, ist für uns deshalb ein zentraler Angriffspunkt für Kritik und Widerstand.

Diskussionspapier vom linksradikalen Anti-WWG-/Eu-Gipfelplenum Köln, 8.3.1998.

AStA
der Universität Köln

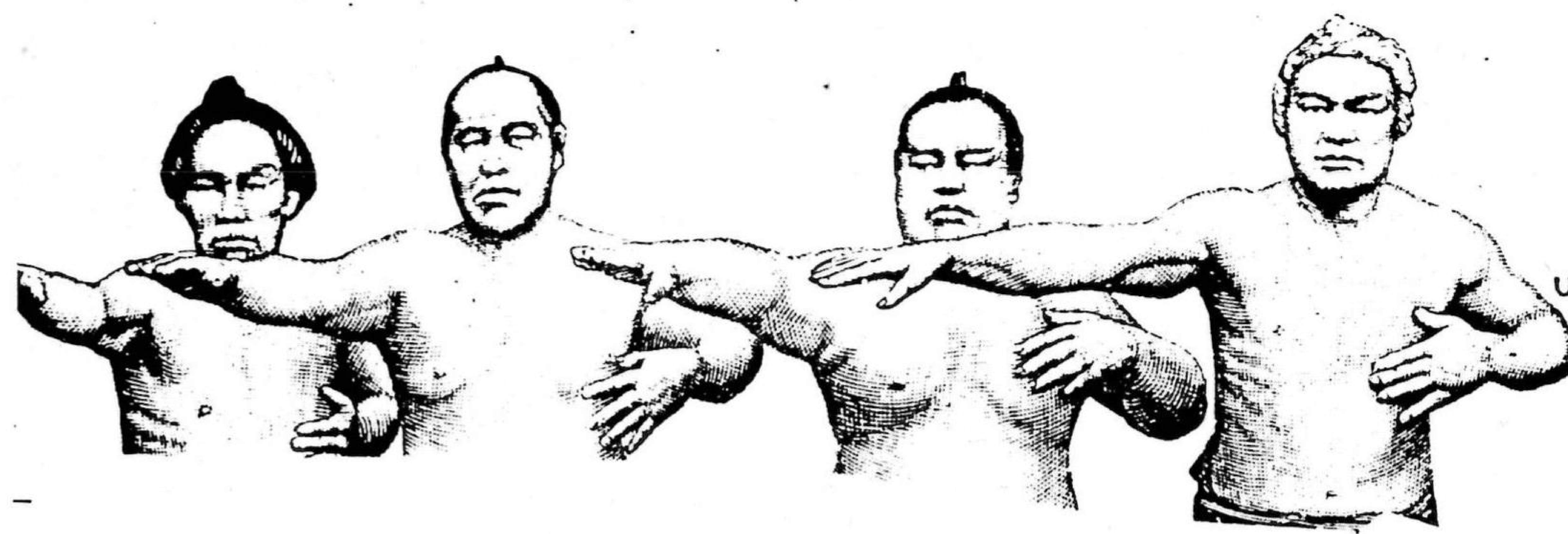
Linksradikales Anti-EU-/WWG-Plenum Köln c/o
Antifaschismusreferat

ASIA Uni Köln- Antifaschismusreferat - Universitätsstr. 16 - 50937 Köln

Universitätsstraße 16
50937 Köln

Tel: (0221) 470-2992
Fax: (0221) 470-5071

Email: asta@uni-koeln.de
uni-koeln.de/studenten/asta



Köln, den 08. Juli 1998

Am Samstag, den 5. September, 13.00 Uhr findet im AStA Uni Köln, Universitätsstr. 16, 50937 Köln das dritte bundesweite Vorbereitungstreffen linksradikaler, antifaschistischer und autonomer Gruppen gegen den EU- und gegen den Weltwirtschaftsgipfel Juni 99 in Köln statt.

Gruppen und Personen u.a. aus Aachen, Köln, Bonn, Koblenz, Dortmund, Bielefeld, Frankfurt, Wiesbaden, Bremen, Berlin, Lübeck, Hildesheim und München haben verschiedene Kririkpapiere an EU- und WWG erarbeitet und bereiten bisher einen internationalen Gegenkongeß am EU-Gipfelwochenende und eine Gegendemonstration am 5.6. vor. Ähnliche und weitere Aktionen am WWG-Wochende sind in der Diskussion.

Das linksradikale Treffen macht keine Verbesserungsvorschläge für einen sozial und ökologisch abgefederten europäischen Imperialismus unter deutscher Führung, sondern will die G-8 und die EU als supranationale Herrschaftsstrukturen angreifen. Es knüpft in diesem Sinne an die linksradikalen Mobilisierungen 1992 in München („Blick nach vorn im Zorn") und gegen den EU-Gipfel in Essen 1994 an.

Themen der linksradikalen Anti-Gipfel-Mobilisierung sind u.a.

- Antinationaler Widerstand gegen EU-Imperialismus und die Außenpolitik und Sonderrolle der BRD
- Antipatriarchat
- Sozialabbau und Verarmung, 2-Klassen-Medizin, Bildungsklau und die Formulierung einer antikapitalistischen Kritik, die sich nicht auf die Ablehnung des „Finanzkapitals" und des „Neoliberalismus" reduziert
- Flüchtlingspolitik und Rassismus, rassistische Spaltung
- Repression und Innere Sicherheit
- Bioethik, Gentechnik, aber auch die Kritik anderer naturzerstörerischer Technologien wie Raumfahrt, Atomtechnik, Transeuropäische Netzwerke
- Widerstand europa- und weltweit, Erfahrungen mit/der Guerilla und militanter Widerstandsbewegungen, Situation der Gefangenen in den Knästen.

Die bisher erarbeiteten Vorbereitungstexte und -konzepte können über die vorläufige Koordinationstelle des Bundestreffen (Linksradikales Anti-EU-/WWG-Plenum Köln c/o AStA-Antifaschismusreferat, Universitätsstr. 16, 50937 Köln; Tel.: 0221/4702992 oder 0177/2006344; Fax: 0221/4705071) angefordert werden.

Vom 16. - 20. Mai hat die People's Global Action (PGA) zu weltweiten Aktionstagen gegen die World Trade Organization (WTO) aufgerufen, die zur gleichen Zeit ihre Ministerkonferenz in Genf abgehalten hat. Wir haben im letzten megafon über die Demonstrationen und Aktionen in Genf berichtet und wollen jetzt noch die Aktionen, die weltweit stattgefunden haben auszugsweise dokumentieren.

Weltweite Aktionen gegen die WTO

Die Globalisierung der Solidarität gegen die Globalisierung des Kapitals

Neben der WTO-Ministerkonferenz haben in den letzten Monaten zahlreiche andere internationale Wirtschaftstreffen stattgefunden, mit dem Ziel für das nächste Jahrtausend noch bessere Ausbeutungsbedingungen zu schaffen. An all den Tagungsorten versuchten lokale Basisorganisationen und NGO's die ruhige Abwicklung der Geschäfte mit Aktionen und Demonstrationen zu verhindern.

So fand in Paris, die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)-Konferenz statt, an der ursprünglich geplant war, das umstrittene MAI-Abkommen zu unterzeichnen, das aber aufgrund heftigen Widerstandes noch einmal überarbeitet wird (siehe megafon Nr. 198, Mai 1998); in Birmingham tagte die G-8 Konferenz am Wochenende vor der WTO-Konferenz, wo ebenfalls Tausende Personen demonstrierten. In Kiew fand die Jahrestagung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), unter Protesten verschiedener Umweltschutzorganisationen statt. Weiter konnte die EU ihren Fahrplan zur Einführung des Euro-Währungssystem durchsetzten und eröffnet Ende Juni die Europäische Zentralbank (EBZ) in Frankfurt. Auch in Frankfurt sind Demonstrationen geplant, wie es auch beim EU-Gipfel in Cardiff (Wales, GB) zur Arbeitslosigkeit anfang Juni der Fall war.

Massenmobilisierungen in Indien und Brasilien und die blockierten OECD-MinisterInnen in Montreal:

An den Aktionstagen der PGA war also nicht nur die WTO das Angriffsziel, sondern alle Institutionen und Firmen, die für die Ausbeutung und Zerstörung von Mensch und Natur im Dienste der Reichen verantwortlich sind. Die Aktionen waren in Grösse und Ausdruck so vielfältig, wie das die Gruppen sind, die sich der PGA zugehörig fühlen. Die grössten Mobilisierungen gelangen in Brasilien und Indien, wo sich Massenbewegungen dem Aufruf der PGA angeschlossen haben:

Schon am 2. Mai demonstrierten in Hyderabad, der Hauptstadt des südindischen Bundesstaates Andhra Pradesh über 100'000 Personen aus ganz Indien für den Austritt aus der WTO. Die Mobilisierung wurde vom kürzlich gegründeten «Joint Action Forum of Indian People against the WTO and Anti-People's Policies» (JAFIP) getragen. In den Tagen vor der Demo fand eine Koferenz der JAFIP statt, bei der die 900-Delegierten verschiedener Basisorganistationen eine gemeinsame Erklärung verabschiedeten: «Wir erklären hiermit, dass wir die WTO als unseren brutalen Feind erachten. Diese niemandem Rechenschaft schuldige und notorisch undemokratische Organisation hat nicht nur das Potential um das Blut und den Schweiss von zwei Dritteln der Welbevölkerung auszusaugen, sondern zerstört auch noch unsere natürlichen Umgebung (Habitat) und unser traditionelles Landwirtschaftssystem, was uns zu Objekten der Wirtschaft des Konsumismus der transnationalen Konzernen macht (...) Die WTO tötet uns, wenn wir sie nicht töten.» Die Erklärung richtet sich aber nicht nur gegen die Multis, sondern auch gegen die nationalen Eliten: «Der Kampf gegen die WTO-IWF-Weltbank Institutionen muss gleichzeitig auch ein Kampf gegen die lokale Oberschicht sein.»

Hyderabad wurde als Ort der Konferenz und Mobilisierung ausgewählt, weil in diesem Bundesstaat seit 1992 über 600 Bauern und Bäuerinnen durch das Militär umgebracht worden sind und weil die Situation für viele Bauern und Bäuerinnen dermassen unerträglich ist, dass sich als Folge davon in den letzten 5 Monaten über 400 Menschen selber das Leben genommen haben.

In Brasilien organisierte der MST, die Bewegung der Landlosen, zusammen mit anderen Basisorganisationen einen grossen Sternmarsch in die Hauptstadt, an dem 40'000 Menschen teilgenommen haben. Auf dem Marsch haben die DemonstrantInnen Supermärkte und Lebensmittellager der Regierung geplündert als Protest gegen den Export von Lebensmitteln, während im eigenen Land 40 Millionen Menschen hungern müssen. Der brasilianische Präsident wollte die AnführerInnen des MST wegen den Plünderungsaktionen verhaften lassen, die Justiz weigerte sich jedoch das auszuführen. Neben dem Marsch fanden in Brasilien auch grössere Landbesetzungen statt und an über 50 Universitäten im ganzen Land haben die StudentInnen und ProfessorInnen gestreikt. Für den 6. September planen die verschiedenen Organisationen eine weitere gemeinsame Mobilisierung, der «Schrei der Ausgeschlossenen».

In Kanada gelang ebenfalls eine grössere Mobilisierung, an der sich neben Chiapas-Solidaritätsgruppen auch die organisierten Post-Angestellten beteiligten, welche letztes Jahr einen harten erfolgreichen Streik durchgeführt haben. In verschiedenen Städten kam es zu kleineren Demonstrationen und Aktionen. Der Höhepunkt war die Blockade der OECD-MinisterInnentagung in



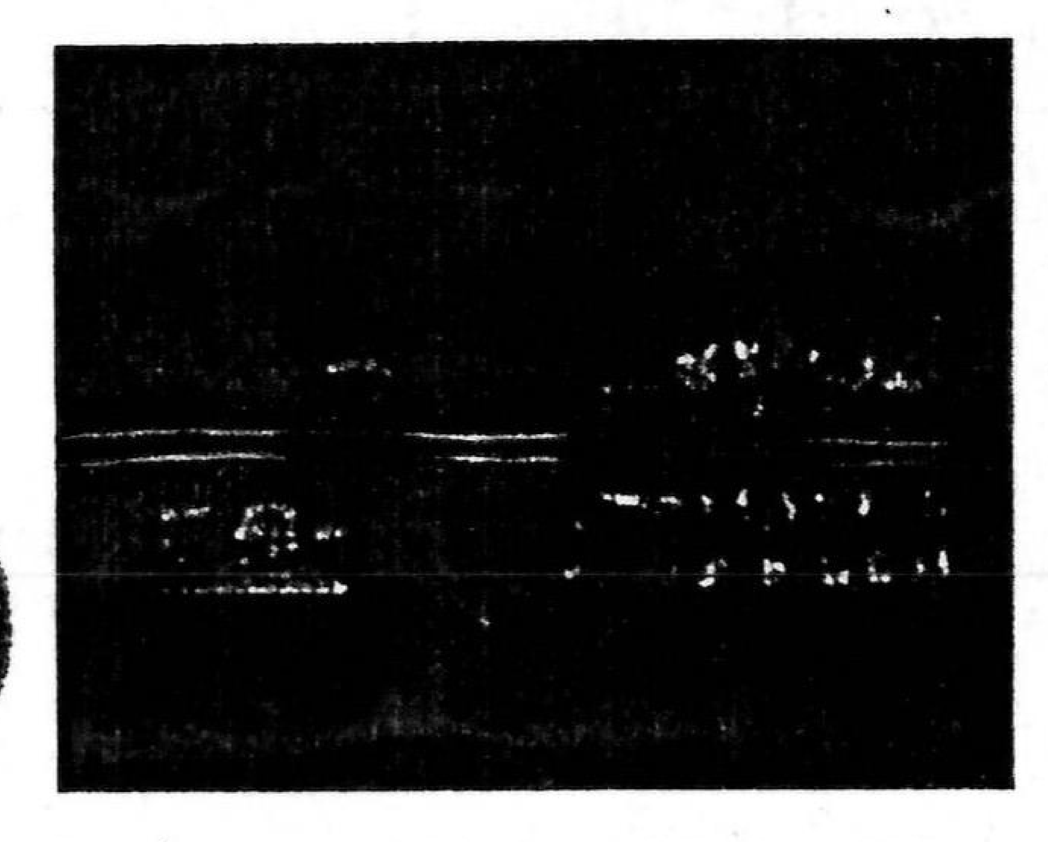
Montreal am 25. Mai. Etwa 1000 Personen blockierten die Eingänge rund um das Konferenzgebäude, um gegen das geplante MAI-Abkommen zu demonstrieren und erreichten damit eine 4-5 stündige Verzögerung des Konferenzbeginns. Die Polizei verhaftete über 100 Personen.

Die Global Street Parties

Eine gemeinsame Aktionsform waren die Global Street Parties am 16. Mai, die weltweit in über 35 Städten angekündigt waren. Nach dem Vorbild von «Reclaim the Streets» aus England, die mit Parties und Besetzungen gegen den Bau von Autobahnen und Schnellstrassen protestieren und die Strassen als Lebensraum zurückerobern wollen,

anti-wto kampagne

anti-wto kampagne



hat zum ersten Mal eine solche koordinierte Party stattgefunden. In folgenden Städten waren Global Street Parties angekündigt:

Bogota (Kolumbien), Berlin, Bielefeld, Thüringen (Deutschland), Nantes, Lyon (Frankreich), Birmingham (Grossbritannien), Sydney, Brisbane, Melbourne (Australien), Tel Aviv (Israel), Turku (Finnland), Madrid, Pamplona (Spanien), Ankara, Istanbul (Türkei) Götheburg, Stockholm (Schweden), Dublin, Derry (Irland), Seattle, New York, San Francisco, Berkeley (USA), Prag (Tschechien), Olympia, Toronto, Vancouver (Kanada), Athen (Griechenland), Luxemburg (Lux), Ljubliana (Slowenien), Bratislava (Slowakei), Utrecht (Holland), Turin (Italien), Zürich und Genf (Schweiz).

Das grösste Fest fand wahrscheinlich in Birmingham mit ca. 8000 Personen statt. Dort wurde ja am gleichen Tag das G8-Treffen abgehalten. Zu harten Auseinandersetzungen mit der Polizei ist es in Prag gekommen. Ca. 3000 Personen nahmen an der Street Party teil. Der Verkehr einer Hauptstrasse wurde blockiert, was die Polizei veranlasste die Demo anzugreifen. In der Folge wurde ein Polizeiauto auf den Kopf gedreht und die Bullen zogen sich zurück. Später, nachdem die Demo aufgelöst worden ist, kam es in der Innenstadt zu Sachbeschädigungen bei McDonalds, Kentucky Fried Chicken und anderen Multis. Die Polizei verhaftete darauf 64 Personen, wovon die meisten unter 20 Jahre alt sind. Die Verhafteten wurden von der Polizei geschlagen und misshandelt, und 25 davon blieben wochenlang in Untersuchungshaft. Während der Innenminister die Polizei in Schutz nahm und behauptete die Massnahmen seien nötig gewesen, haben alle Menschenrechtsorganisationen in Tschechien gegen das brutale Vorgehen der Polizei protestiert und Stellungsnahmen verfasst.

Weitere Aktionen im Trikont...

Auf den Phillippinen demonstrierten über 1000 FischerInnen und Bauern und Bäuerinnen gegen die WTO und eine neue Fischereiverordnung. Wenn die Verordnung angewendet wird, befürchten die kleinen FischerInnen, dass über 1,2 Millionen von ihnen ihre Existenzgrundlage verlieren gegenüber 3000 kommerziellen grossen Unternehmen.

In Neuseeland organisierten die Maori einen Marsch gegen das MAI-Abkommen, weil sie befürchten, dass ihnen damit ihre alten Landrechte und natürlichen Reichtümer streitig gemacht würden.

In Südkorea haben sich kämpferische Gewerkschaften und andere sozialen Bewegungen zum «Koreanischen Aktionsnetzwerk für internationale Solidarität gegen die globale Dominierung des Kapitals» zusammengeschlossen. Ende April haben sie vor dem Regierungsgebäude in Seoul gegen den IWF und das MAI-Abkommen protestiert. Vom 10. - 12. Juli ist zudem in Seoul eine internationale Konferenz geplant, um den Kampf gegen das MAI-Abkommen und gegen «Strukturanpassungsprogramme» des IWF zu organisieren und koordinieren.

In Nepal fand eine Veranstaltung statt, an der sich verschiedene Intelektuelle gegen einen WTO-Beitritt von Nepal aussprachen und ihre solidarischen Grüsse an alle PGA-AktivistInnen richteten.

Aus Sri Lanka ist ebenfalls eine Grussbotschaft zum PGA-Pressebüro in Genf gelangt. Dort wird das PGA-Manifest von verschiedenen Organisationen studiert, und vielleicht als Basis für eine mögliche Zusammenarbeit verschiedener Gruppen gebraucht werden.

...und in Europa

In Westeuropa haben ausser den Demonstrationen in Genf und den Global Street Parties verschiedene kleinere Aktionen stattgefunden:

Im spanischen Staat kam es in Irun und Durango zu Demonstrationen gegen die WTO, Banken und Multis. In Holland fanden Ende April in über 20 Städten Aktionen Gegen das MAI-Abkommen statt und am 20. Mai blockierte eine Gruppe das Gebäude des Wirtschaftsdepartement in Den Haag, indem sie sich vor dem Haupteingang anketteten.

In der finnischen Hauptstadt Helsinki verbrannte eine kleine Gruppe vor dem Regierungsgebäude das WTO-Vertragswerk und informierte die Medien über die weltweiten Aktionen. In Croydon, England vor dem Hauptsitz von Nestlé GB leerten einige AktivistInnen eine überdimensionierte Kaffeetasse voll mit Kinderpuppen aus, um gegen die weitere aggressive Vermarktung von Nestlé-Milchpulver in vielen Trikont-Ländern zu proterstieren und auf den Nestlé-Boykott aufmerksam zu machen. Die Weltgesundheitsorgansation WHO schätzt, dass jährlich über 1,5 Millionen Kleinkinder wegen unsauberen Milchpulver-Fütterung sterben.

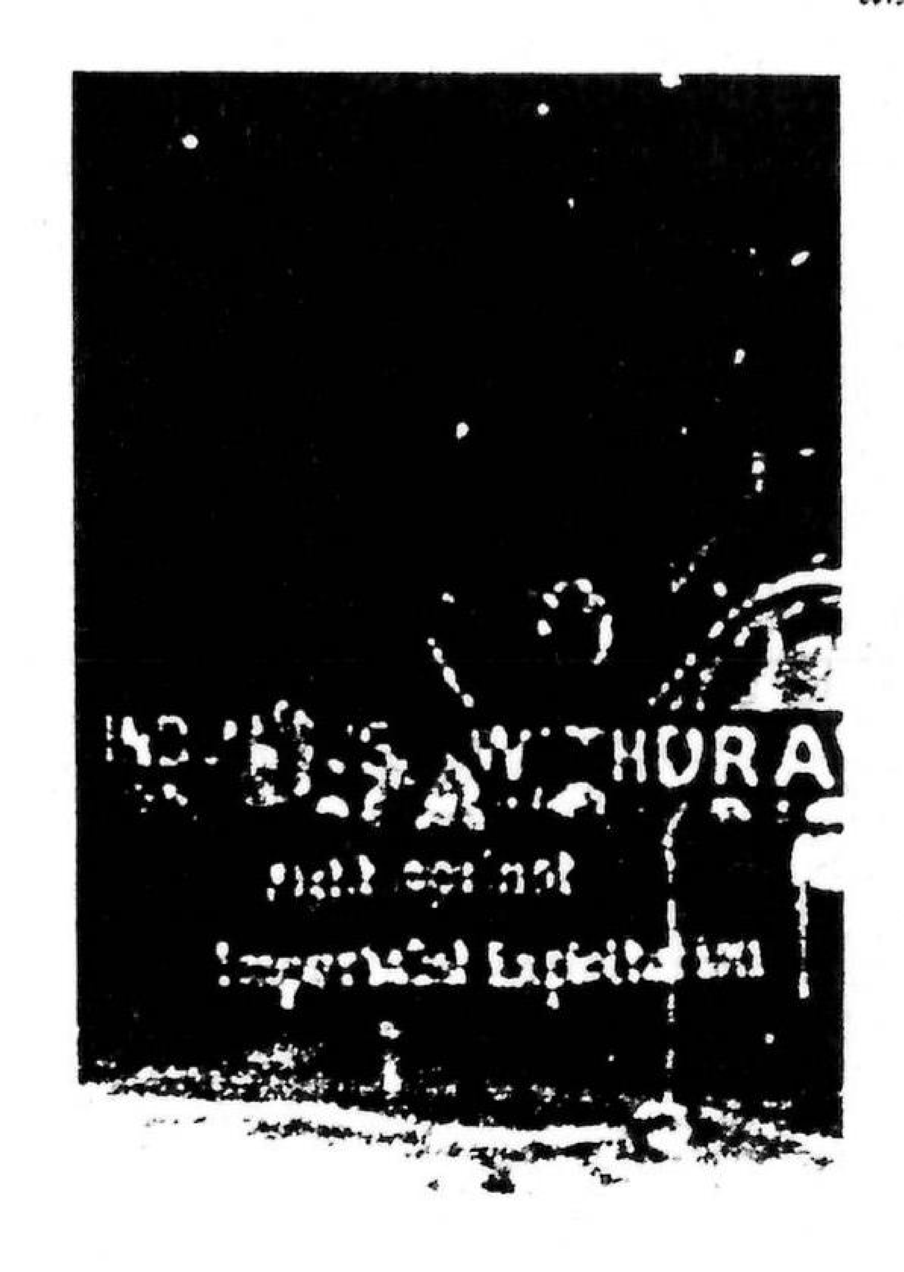
Wie weiter?

Sicher haben noch weitere Aktionen stattgefunden, von denen wir nichts gehört haben. Auf der Homepage der PGA sind neben Diskussionsbeiträgen die hier erwähnten Demos und Aktionen ausführlicher beschrieben, meistens auch mit Adressangaben der beteiligten Gruppen.

Für nächstes Jahr ist bereits eine zweite internationale PGA-Konferenz in Bangalore (Indien) geplant. Während der nächsten WTO-Ministerkonferenz, die im Jahr 2000 in der US-amerikanischen Hauptstadt Washington stattfinden wird, sind wieder ähnliche dezentrale Aktionstage vorgesehen.

Die PGA-Gruppe in Genf organisiert vom 17. - 31. August ein zweiwöchiges Seminar über die Handlungsmöglichkeiten und Strategien im Kampf gegen die WTO und den Neoliberalismus. Dabei geht es u.a. darum die gemeinsam gemachten Erfahrungen zusammentragen und gemeinsam über weitere Perspektiven zu diskutieren. Beim PGA-Sekretariat in Genf können Interessierte mehr Informationen zum Programm des Seminars einholen. Weiter wird an einer Broschüre gearbeitet, die die Kampagne gegen die WTO-Ministerkonferenz in der Schweiz dokumentiert, die auf deutsch und französisch erscheinen soll. Beiträge können bis Mitte August an die Broschüregruppe in Zürich geschickt werden.

db



Einige nützliche Adressen:

PGA Homepage: http://www.agp.org

PGA c/o IAS, 5 Samuel Constant, 1201 Genève, tel/fax 021/344 47 31

Infoladen Kassama - WTO-Broschure, Klingenstrasse 23, Postfach 8026 Zürich

debatte

Wenn die Nacht am tiefsten...

Zu Identitätsfragen und sozialer Politik

Im folgenden dokumentieren wir unseres Redebeitrages, den wir auf unserer Veranstaltung am 11.07.98 im Infoladen Daneben gehalten haben. Wir tun dieses mit dem Ziel und der wagen Hoffnung, die Diskussionen um die "soziale Frage" doch noch in breitere Kreise der autonomen Linken zu tragen.

Im Unterschied zur Volksuniveranstaltung, bei der der Schwerpunkt auf der Kritik autonomer Politik lag, haben wir das Gewicht diesmal tatsächlich stärker auf die Themen rund um die soziale Frage gelegt. Die Veranstaltung war insofern ein Erfolg, als das sie trotz der widrigen Bedingungen (Auftrittsverbote etc..) überhaubt stattfinden konnte, über 30 Leute anwesend waren und anschließend an unseren Vortrag eine rund zweistündige intensive Diskussion zustande kam. Die Anzahl anwesender Frauen war, im Verhältnis 1:3 gegenüber den Männern, eher gering. Trotz quotierter Redeliste ist der Anteil von Frauenredebeiträgen in der Diskussion unterproportional gering gewesen. Wir halten eine quotierte Redeliste allerdings auch weiterhin für ein geeignetes Mittel, um der Unterrepräsentanz von Frauen in (gemischten) Diskussion etwas entgegenzusetzen ohne dabei Zwang oder Druck auszuüben.

Uns ist es nicht gelungen, Leute aus dem autonomen Spektrum als BesucherInnen für unsere Veranstaltung zu gewinnen. Im Gegensatz zur Volksuni, wo uns das noch gelang, waren diesmal eindeutig mehr ExpertInnen anwesend, die so oder so schon an entsprechenden Themen arbeiten und dementsprechend spezialisiert verlief dann auch die Diskussion. Auf die wohl berechtigte Frage aus dem Publikum, was wir uns denn noch von den Autonomen versprechen würden, blieben wir konkrete Antworten schuldig. Wir verweisen in diesem Zusammenhang trotzdem noch einmal auf den entsprechenden Abschnitt in unserem Vortrag und hoffen weiter. In diesem Sinne: Es folgt unser Vortragstext und anschließend eine kurze Zusammenfassung der Diskussion.

1 Die Veranstaltung:

1.1 Einleitung: Zum Zusammenhang der Veranstaltungen

Auf unserer letzten Veranstaltung im Rahmen der Volksuni haben wir uns in unserem Referat ausführlich mit den Autonomen und den Fallstricken ihrer Identitätspolitik befaßt, in der Diskussion ging es dann hauptsächlich um die Soziale Frage, und wie sich die Autonomen dazu stellen. Das fanden wir gut und legen deshalb das Schwergewicht unserer Einführung diesmal auf die Soziale Frage, deren konkrete Dringlichkeit und eine konkrete Forderung, mit der wir glauben gesellschaftlich aktiv werden zu können. Ihr kennt sie schon aus der Interim: Es geht um bedarfsorientierte Grundsicherung.

Wir wollen die drei wichtigsten Thesen unseres letzten Referats voranstellen, ohne nochmals die Argumentation nachzuvollziehen. Schließlich gehen wir davon aus, daß ein Großteil von euch das bereits mithilfe der Interim getan hat.

These 1: Wir behaupten, daß die autonome Theorie und Praxis ganz wesentlich mit Identitätskonzepten arbeitet und aufgrund dessen von Auseinandersetzungsunfähigkeit gekennzeichnet ist.

Wir sitzen jetzt hier etwas beengt, weil es von zwei Veranstaltungsorten in Friedrichshain, dem Größenwahn und dem X-B-Liebig, ein Veto gegen diese Veranstaltung gab. Das Veto wurde damit begründet, den Unglücklichen solle kein Forum geboten werden, egal zu welchem Thema sie sich äußern. Ein sehr eindrückliches Beispiel dafür, wie Identitäten festgelegt und als unveränderbar angesehen werden. Nicht nur, daß wir, als die VerfasserInnen der „Legende von Paul und Paula", eine unveränderbare, angeblich antifeministische Identität zugewiesen bekommen, aufgrund derer mit uns noch nicht einmal mehr diskutiert werden kann - Die Vetofraktion sieht sich durch diese Aktion sicherlich auch in ihrer eigenen „widerspenstigen" Identität bestätigt.

These 2: Wir denken, die Abstinenz der Autonomen zum Thema „Soziale Frage" und die vorher erwähnte Auseinandersetzungsunfähigkeit bedingen sich gegenseitig.

Unter „Soziale Frage" verstehen wir Politikfelder, bei denen es um Arbeit, gesellschaftlichen Reichtum, seine Produktion und Verteilung, um Klassenverhältnisse und die Reproduktion von Arbeitskraft geht.

Wer, wie es bei den Autonomen üblich ist, Identitäten verewigt und Auseinandersetzungen nur mit denen führt, von denen er/sie sicher ist, daß der/die andere auch auf dem politisch richtigen Standpunkt steht, kann sich natürlich nur voll Abscheu von der sogenannten „Normalbevölkerung" abwenden. Autonomes Politikverständnis lebt vom Bewußtsein, mit „denen" nichts oder kaum etwas gemein zu haben.

These 3: Was unseres Erachtens perspektivisch für die gesamte Linke Not tut, ist eine Rethematisierung der Sozialen Frage, die andere Widersprüche (Sexismus/ Patriarchat, Rassismus, Nationalismus, Antisemitismus, Ökologiefrage...) nicht wieder unter den Tisch fallen läßt.

Wir finden es z.B. verheerend, wenn die autonome Linke, wie in der Diskussion um den 1. Mai, die soziale Frage ausschließlich zur Bekämpfung faschistischer Parolen anrührt. Unabhängig ob ein solcher antifaschistisch motivierter Versuch erfolgreich sein kann, wenn er einzig und allein antifaschistischen Abwehrkampf zum Ziel hat, wird die Brisanz bereits stattfindender und anstehender gesellschaftlicher Veränderungen im sozialen Sektor verkannt.

1.2 Es rappelt im Karton

Soziale Gruppen, deren gesellschaftliche Stellung durch eine breite Verwehrung von Freiheitsrechten gekennzeichnet ist, werden verstärkt damit konfrontiert sein, daß ihnen die unbedingt lebensnotwendigen Ressourcen weiter gekürzt oder entzogen werden. So müssen z.B. Flüchtlinge, die es geschafft haben, trotz der faktischen Abschaffung des Asylrechtes und hochtechnologisierter Grenzüberwachung nach Deutschland zu gelangen, neben ständiger Kontrolle, Bewegungsbeschränkungen, Arbeitsverbot und Heimeinweisungen, damit rechnen, daß ihnen die deshalb notwendige finanzielle Unterstützung vollständig gestrichen wird.

Zugegebenermaßen ist das ein besonders krasses Beispiel, mit dem wir dann auch nicht behaupten wollen, in spätestens 10 Jahren ginge es wahnsinig vielen so. So einfach ist das nicht. Was aber trotzdem stattfindet, sind Prozesse, die neue Differenzierungen in diese Gesellschafft einbringen und altbekannte weiter verstärken.

Konnte man sich früher noch darauf verlassen, das der Sozialhilfesatz das war, was einem oder einer auf jeden Fall zustand, ist das heute nicht mehr der Fall. Abhängig davon, wer man ist, woher man kommt und wie man sich verhält, bekommt man entweder - Arbeit aufgebrummt oder weniger Geld - kein Geld mehr, dafür aber Lebensmittelmarken -oder -wirklich gar nix mehr. Wir schätzen die gesellschaftlichen Verhältnisse hier in Deutschland und Europa so ein, daß sich repressiv-sozialtechnische Versorgungsmodelle immer stärker durchsetzen werden.

Waren früher die Tariflöhne die absoluten Mindestlöhne in der jeweiligen Branche, können heutzutage diejenigen froh sein, die sie überhaupt noch kriegen. Insgesamt hat sich Spanne der jeweils ausgezahlten Löhne für gleiche Arbeit nach unten ausgeweitet und ausdifferenziert.. In diesem Bereich finden wir die „glücklichen" BesitzerInnen noch alter Arbeitsverträge, welche noch relativ gute Löhne bekommen, genauso diejenigen die halt weniger bekommen und diejenigen die noch weniger bekommen. Im Gesamten wird das Lohnniveau gedrückt.

Die Deregulierung auf dem Arbeitssektor macht sich allerdings nicht nur an der Unterschiedlichkeit von Lohnhöhen fest. Entrechtungen auf den unterschiedlichen Ebenen kommen dazu. Streichung von Rentenansprüchen, Aufweichung des Kündigungsschutzes, Scheinselbständigkeit etc. gehören genauso dazu wie Arbeitszeitflexibilisierung. Konnte man früher davon ausgehen, das man wenigstens am Sonntag von der Lohnarbeit befreit war und ansonsten um 17.00 Uhr zuhause war, gilt das heutzutage nicht mehr.

Besonders davon betroffen sind natürlich wiederum diejenigen, die rechtlich und sozial in der Gesellschafft so oder so benachteiligt sind. Nur als Beispiel, von dem Wegfall der Ladenschlußzeiten sind hautsächlich Frauen betroffen, da es eben Frauen sind, die den Großteil der VerkäuferInnen stellen.

Was heißt das für politischen Wiederstand und Opposition? Wir denken eine ganze Menge.

These 4: auch die Bedingungen für politische Opposition und Wiederstand, die immer gesellschaftliche Bedingungen sind, werden sich ändern und damit wird eine andere Art Politik zu machen notwendig.

Denn in einer Gesellschaft, in der die sozialen Unterschiede immer größer werden und sich in unterschiedlichen Effekten manifestieren, wird es immer schwieriger werden, gemeinsame Interessen zu finden und diese zu artikulieren.

Waren die Gewerkschaften früher noch die vielleicht legitime Interessenvertretung einer starken gesellschaftlichen Gruppe, nämlich des größten Teils der lohnarbeitenden Bevölkerung, der mindestens nach Tariflöhnen bezahlt wurde, so können sie dieser Aufgabe inzwischen kaum noch gerecht werden und vertreten allerhöchstens noch die eben erwähnten „glücklichen BesitzerInnen" älterer sogenannter garantierter Arbeitsverträge auf hohem Lohnniveau.

Oben beschriebene Entwicklungen werden auch letztendlich nicht so mir nix dir nix an der autonomen Scene vorbeirauschen. Profitiert ein Großteil der Scene z.Z. noch davon, daß sie einen hohen Bildungsgrad hat und sich auch unter den Bedingungen eines deregulierteren Arbeitsmarktes einigermaßen gut verkaufen kann (vielleicht sogar davon profitiert), bedeutet die Fragmentierung dieser Gesellschafft letztendlich auch für diese Scene: Mehr Zwang zur Arbeit, verschärfte soziale Unterschiede und damit auch Konflikte und last but not least weniger Zeit zum Politikmachen.

Notwendigerweise werden sich dann aber auch die politischen Fragestellungen vermehrt mit der sozialen Frage beschäftigen. Ein Vorschlag dazu wäre:

1.3 Nicht zur Rettung der Autonomen

Die Forderung nach einer bedarfsorientierte Grundsicherung für alle, ist im Laufe der sozialen Proteste der letzten Jahre Diskussionsthema eines breiteren linken Spektrums geworden.

Mit bedarfsorientierter Grundsicherung ist gemeint, daß für jede/n ein Mindestmaß an Teilhabe an kulturellen und gesellschaftlichen Möglichkeiten gewährleistet sein soll. So formuliert ist diese Forderung auch in andere gesellschaftliche Kontexte übertragbar. Beispielsweise weisen die 'Autonomen KleingärtnerInnen' in ihrem Papier "Prima leben, ohne zu sparen" auf Gemeinsamkeiten zwischen hiesigen Grundsicherungsforderungen und der zapatistischen Forderung nach "Land und Freiheit in Chiapas (Mexiko) hin.

Der linke universalistische Anspruch auf Gleichheit heißt also in Form der bedarfsorientierten Grundsicherung für hiesige Verhältnisse: 1500,- DM plus Warmmiete für alle !

Im Unterschied zu konservativen und ähnlich klingenden Modellen, wie der Forderung nach einem Bürgergeld die z.Z. von Teilen der FDP aufgestellt wird, ist die bedarfsorientierte Grundsicherung, wie wir sie verstehen, unabhängig von Herkunft, Nationalität, Geschlecht und Arbeitsfähigkeit, liegt deutlich über dem bisherigen Sozialhilfesatz und ersetzt alle bisherigen Sozialleistungen: Wohngeld, Bafög, Arbeitslosengeld...

Wir sind allerdings skeptisch was die Möglichkeiten einer Umsetzung der Forderung nach einer bedarfsorientierten Grundsicherung, zumindest in der Form, wie wir sie hier gerade vorgestellt haben, angeht. Nicht, weil sie ökonomisch nicht realisierbar wäre; Geld ist genug da; sondern weil sie politisch, in der Allgemeingültigkeit, wie wir sie hier formuliert haben, nicht gewollt wird.

1.4 Was können die Autonomen zur Rethematisierung der Sozialen Frage beitragen und was haben sie davon.

1500.- DM pro Monat, das wär' schon prima! Ginge es uns allerdings in erster Linie um unseren Geldbeutel, dann gäbe es erfolgversprechenderes, als ausgerechnet das kleine Häuflein der Autonomen anzusprechen. Natürlich glaubt auch niemand, daß sich diese Forderung so mal eben durchsetzen läßt. Uns geht es um die Kämpfe, die mit dieser Forderung verbunden sind.

Wir versuchen, speziell Autonome anzusprechen, weil die Autonomen sich auf spezifische Weise von anderen Teilen der Linken unterscheiden – wir haben das in unserem Volksunireferat ein wenig ausgeführt –. Wegen dieser spezifischen Unterschiede könnten sie ihr zwar bescheiden kleines, aber spezifisches Scherflein zu einer Rethematisierung der Sozialen Frage beitragen.

Konkret an der Grundsicherungsforderung streichen wir immer heraus, daß es eine besonders breite Forderung ist, die deswegen gesellschaftliche Spaltungen überwinden kann. Sie ist insbesondere eine antirassistische, antisexistische und antipatriarchale Forderung. Aber das bleibt sie natürlich nur, solange man eben immer betont, daß sie für alle und in gleicher Höhe und ohne Voraussetzungen gelten soll. Solange die Grundsicherungsforderung noch derart weit weg ist von einer Realisierung, daß die meisten sie nicht mal kennen, solange eignet sie sich hervorragend, um Diskussionen über gesellschaftliche Zustände zu führen, Leute zu überraschen und sie zum Nachdenken zu bringen. Dabei könnte es 'unser' Part in diesem Spiel sein, nicht nur zu betonen, daß genug Geld da ist und daß doch jetzt bereits eine ganze Reihe von Leuten in der Gesellschaft nicht arbeiten müssen, weil sie nämlich reich sind und daß das ungerecht ist.. sondern darüber hinaus gleich noch zu betonen:

- welch erfreuliche Auswirkungen das auf sogenannte 'traditionelle Ehen' hätte und wieviel weniger sich manche Frauen dann bieten lassen müßten, von ihren Männern...
- , daß kein Mensch illegal ist und also alle dasselbe kriegen

und

- , daß nicht zur Lohnarbeit gezwungen zu sein nicht bedeutet, nicht zu arbeiten (wir arbeiten alle, aber nur der kleinere Teil dieser Arbeiten ist bezahlt) auch nicht, daß es Sünde wäre, trotzdem zusätzlich zu arbeiten, weil man was haben will, was auch mit 1500 DM nicht geht. Nur zu.

Darin liegt schon viel Stoff für erkenntnisproduzierende Diskussionen, übrigens auch für die Autonomen selbst.

Die produktive Funktion der Autonomen in dieser Auseinandersetzung könnte also darin bestehen, die Breite der Forderung zu unterstreichen und zu zeigen, daß sie emanzipatorische Qualitäten hat, die weit über den bloßen Geldbeutel hinausgehen.

Gerade dabei könnten die Autonomen aber auch was lernen: Nämlich, daß abstrakte Gleichheitsforderungen allein nicht reichen. Beispiel Patriarchat/Sexismus: Die Grundsicherungsforderung thematisiert ja noch lange nicht Kommunismus (jede nach ihren Fähigkeiten, jeder nach ihren Bedürfnissen), sondern nur *Grund*sicherung eben, im Kapitalismus. Das bedeutet einerseits, daß es natürlich immer noch Leute geben muß/wird, die lohnarbeiten, weil sonst kein Geld da ist zum Umverteilen: Ausbeutung wird also nicht abgeschafft, sondern nur entschärft! Andererseits bedeutet das, daß wer lohnarbeitet mehr Geld hat und deswegen auch mehr Einfluß und Möglichkeiten. Darüber hinaus bedeutet die Arbeit selbst, Teilhabe an Entwicklungsmöglichkeiten und Ressourcen, sowie Teilhabe an der Entwicklung der Gesellschaft. Es reicht also nicht, wenn dann weiterhin überwiegend Männer – noch dazu den besseren – Jobs nachgehen. Eine richtig nette Heteropärchengesellschaft, wo sie sich eine kleine Wohnung leisten kann und sich von ihm nicht alles bieten lassen muß, er aber doch mehr hat und deswegen mehr zu sagen hat und sie vor allem Hausarbeit macht. Im schlimmsten Fall auch noch seine: Das reicht uns nicht.

Also – und auch deswegen, weil wir ja meilenweit weg sind von einer Realisierung der Grundsicherungsforderung – muß notwendig zur Grundsicherungsforderung auch eine Forderung nach *radiakaler Arbeitszeitverkürzung* umgesetzt werden, sonst geht der anti-patriarchale und anti-sexistische Charakter der Grundsicherungsforderung überwiegend flöten. Diese Forderung nach Arbeitszeitverkürzung muß genauer bestimmt werden: Mit vollem Lohn- und Personalausgleich.

Das mit dem Lohnausgleich kennt jede/r und es versteht sich von selbst.
Zum Personalausgleich: Die Arbeitszeitverkürzungen der letzten 15 Jahre haben die immense Flexiblisierung und Intensivierung überhaupt erst möglich gemacht. Das krasseste Beispiel in dieser Beziehung ist die angebliche 4-Tage-Woche, die 1993 bei VW eingeführt wurde: Die 'Atmende Fabrik' ist so gut für die Konzembilanz, daß VW BMW beim Bieten um Rolls Royce überbieten konnte... Um Flexibilisierung und Intensivierung der Arbeit zu vermeiden muß also proportional zur Arbeitszeitverkürzung mehr Personal eingestellt werden.

Durch eine *solche* Arbeitszeitverkürzung würde nämlich alle Arbeit gerechter verteilt und unbezahlte Arbeit weniger.

Wir sagten gerade: Die Autonomen könnten was lernen: Das haben sie in Bezug auf die Soziale Frage und die politische Bedeutung des Themas Arbeit auf jeden Fall nötig. Doch wenn die Nacht am tiefsten ist, ist der Tag am nächsten: Fels will vom 18.-23. März 1999 eine Europäische Konferenz zu Grundsicherung und Arbeitszeitverkürzung machen. Die dafür notwendigen Diskussionen *im Vorfeld* könnten eine Gelegenheit sein, sich mit dem Thema mal vertrauter zu machen. Das Diskussionsauftaktpapier von Fels findet sich in der aktuellen Arranca! Nr. 14, die's hier im Anschluß an die Veranstaltung zu kaufen gibt.

Also noch mal zusammen gefaßt: Wir meinen, die Autonomen sollten sich mit der Sozialen Frage beschäftigen und schlagen dabei vor, von dem Doppelpack bedarfsorientierte Grundsicherung plus radikale Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohn- und Personalausgleich auszugehen. Wir halten dieses Paket in der gegebenen Situation für eine revolutionäre Losung, obwohl sie weder Kapitalismus, noch Sexismus, noch Rassismus abschafft.

2 ... und anschließend die Diskussion

Wie schon in unserer Einleitung bemerkt, war der Anteil der DiskussionsteilnehmerInnen, die sich schon länger mit der sozialen Frage beschäftigen, relativ hoch. Dies war insofern erfreulich, da aufgrund bestehender Vorkenntnisse direkt und fundiert in die Diskussion eingestiegen werden konnte. Andererseits, und zu diesem Dilemma kommen wir in der weiteren Beschreibung der Veranstaltung nocheinmal zurück, sehen wir ein Problem darin, daß eben jene ExpertInnen (uns eingeschloßen) sich wunderbar über ihre gesellschaftstheoretischen Differenzen austauschen können, aber trotzdem in einer entscheidene Frage, nämlich wie man die jeweiligen theoretischen Ansätze in eine breitere politische Praxis überführen kann, nicht so richtig weiter wissen.

2.1 Arbeitszeitverkürzung versus Mindestlohn

Anschließend an das Ende unseres Vortrages und unseren Vorschlag, die Forderung nach einer bedarfsorientierten Grundsicherung mit der Forderung nach radikaler Arbeitszeitverkürzung zu kombinieren, begann die Diskussion mit einer Kontroverse darüber. Waren sich noch alle einig, daß die Grundsicherungsforderung sinnvoll ist, wurde angemerkt, daß auch eine radikale Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohn- und Personalausgleich wenig in dieser Gesellschaft verändern würde und vor allem auf Sexismus und Rassismus keinerlei Auswirkungen hätte. Ausgehend davon, das immer weniger Arbeit in der Form direkter Lohnarbeitsverältnisse stattfindet, (verwiesen wurde dabei z.B. auf die auch von uns beschriebene Zunahme sog. scheinselbständiger Arbeit als SubunternehmerInnen und den gesamten Bereich der unbezahlten Hausarbeit) würde die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung nur diejenigen betreffen, die noch als Lohnarbeitende im Sinne direkter Arbeitsverträge mit einem Arbeitgeber gelten. Um genau diese Lücke zu schließen, wurde vorgeschlagen anstatt der Arbeitszeitverkürzung Mindestlöhne zu fordern.

Beide Forderung beziehen sich ersteinmal auf den gesellschaftlichen Bereich, bei dem es um die Regelung von Arbeitsverhältnissen geht, die in irgendeiner Form gesetzlich bestimmt sind. Deshalb bleibt uns unklar, wo in diesem Zusammenhang der grundsätzliche Unterschied zwischen der Forderung nach Mindestlöhnen und der nach Arbeitszeitverkürzung liegen soll. Wir denken dann aber doch, daß Arbeitszeitverkürzung direkter in die Verteilung gesellschaftlicher Arbeit eingreift. Nur mal so zum Spaß: Gäbe es eine 20 Stunden Woche für alle, müßte automatisch ein größerer Teil der gesellschaftlich höher bewerteten Lohnarbeit an Frauen vergeben werden.

2.2 Bedarfsorientierte Grundsicherung für alle! Direkte Forderung oder politische Parole?

Bekanntermaßen ein alter Streit bleibt die Frage: Ist eine bedarfsorientierten Grundsicherung für alle letztendlich umsetzbar? Und wenn ja, welche vielleicht negative Konsequenzen hätte das? Die einfache Antwort, Geld ist genug da, man muß es nur umverteilen, reicht in diesem Zusammenhang alleine nicht aus. So wurden wir im Laufe der Veranstaltung damit konfrontiert, gäbe es tatsächlich eine Grundsicherung für alle, würden die jetzt schon restriktiven Grenzsicherungsmaßnamen notwendigerweise weiter verstärkt werden und das könnte logischerweise nicht das sein, was wir wollen. Das ist wahr. Allerdings setzt dieses Konstrukt unserer Meinung nach an der falschen Stelle an. Nur so nebenbei: Grenzsicherungsmaßnamen gibt es auf jeden Fall immer da, wo es Wohlstandsgefälle gibt und sie dienen dazu, die daraus resultierenden Unterschiede aufrechtzuerhalten. Nun würde allerdings niemand behaupten, diese Wohlstandsgefälle würde es heute nicht geben.Sie sind nur ein wenig anders strukturiert. Die Grenze verläuft eben nicht allein zwischen den Völkern, sondern auch zwischen oben und unten. Zur Sicherung dieser Grenzen gibt es in diesem Land bekanntermaßen genug Institutionen, nennen wir sie Polizei, Justiz usw., die eben jene Grenzen schützen. Wir gehen davon aus, das sich die sozialen Unterschiede in dieser Gesellschaft weiter verschärfen werden. Die Forderung nach einer bedarfsorientierten Grundsicherung steht dem entgegen und, würde sie diese Verschärfung nur ein wenig unterlaufen, so hätten auch wir etwas davon, nämlich bessere Kampfbedingungen für unsere Politik. Allerdings, die Vorstellung einer Gesellschaft, die zwar intern die Ressourcen gerechter verteilt, sich nach außen aber militant bzw. militärisch abschottet, finden wir auch nicht besonders vielversprechend für emanzipatorische Veränderungen.

Obiges Problem weist darauf hin, daß allein die Forderung nach einer bedarfsorientierten Grundsicherung nicht die Lösung für alles sein kann, sie letztendlich nur im internationalen Kontext denkbar ist und dementsprechend auch international umgesetzt werden müßte. Spätestens dabei wird allerdings klar, daß das politisch in nächster Zeit nicht zu haben ist. Wir betrachten die Forderung nach einer bedarfsorientierten Grundsicherung dementsprechend auch mehr als Parole denn als direkte Forderung. Das war in etwa auch Konsens auf der Veranstaltung. Als Parole heißt, die emanzipatorischen Effekte dieser Forderung bestehen schon in dem Moment, wo sie gestellt wird und nicht erst nach der erhofften Umsetzung. Die Parole dient dazu, Leute in Diskussionen zu verwickeln, zu motivieren und zu versammeln. Dies ist ohne weiteres im internationalen Kontext machbar und macht deutlich, daß sich in einem solchen Prozeß immer wieder auch neue Forderungen entwickeln können und müssen. So gedacht und verstanden verliert die Forderung nach einer bedarfsorientierten Grundsicherung für alle und überall auch einen Teil ihres idealistischen Charakters.

Ein echtes Problem, welches auf der Veranstaltung angesprochen wurde, ist die Tatsache, daß sich die Forderung nach einer Grundsicherung notwendigerweise immer an einen Staat bzw. eine staatsähnliche Institution wenden muß. Selbst als Parole und in ihrer allgemeinsten Form setzt sie immer einen Staat oder ein staatsähnliches Gebilde voraus und befördert damit auch die Illusion, umwälzende gesellschaftliche Veränderungen wären mit und über einen Staat möglich. Um dieses Dilemma kommen wir nur leider nicht herum. Der Staat ist notwendiger Bestandteil dieser Gesellschaft und insofern läßt er sich weder ignorieren noch werden wir es vermeiden können, Forderungen auch an den Staat aufstellen zu müssen. Auch der Einwand, soziale Absicherung, z.B. in der heute in Deutschland praktizierten Form, diene immer auch zur Disziplinierung und sei unter anderem dafü da, gesellschaftliche Widersprüche zu deckeln und deshalb letztendlich staatstragend, ist in Bezug auf die Grundsicherungsforderung nur halb richtig. Natürlich ist sie in irgendeiner Form staatstragend (s.o.), andererseits rührt der disziplinarische Charakter bestehender Sozialsysteme daher, daß sie Unterschiede produzieren und das in einer immer differenzierterem Art und Weise. Demgegenüber würde eine bedarfsorientierte Grundsicherung für alle, viele dieser Differenzierungen wieder aufheben.

2.3 Was tun ?

Wie schon weiter oben bemerkt, blieb die Frage danach, wie sich die einzelnen das vorstellen, was man gemein hin als politische Praxis bezeichnen würde, eigentlich unbeantwortet. Von einigen der anwesenden Gruppen ist diese Praxis bekannt, Fels betreibt einen Stadtteilladen und bereitet einen europaweiten Grundsicherungskongress vor, die Hängematten beteiligen sich an der Organisation der inzwischen immer weiter abbröckelnden Erwerbslosenproteste und wir, die Unglücklichen machen manchmal eine Veranstaltung. Welche Bündnisse lohnt es sich einzugehen und vor allem mit wem? Das wäre eine spannende Frage, bei deren Beantwortung wir und wahrscheinlich auch andere noch am Anfang stehen. Wir teilen zwar die auf der Veranstaltung vertretene Ansicht, daß Versuche einer breiteren Bündnispolitik immer Gefahr laufen vereinnahmt und funktionalisiert zu werden, andererseits ist das kein richtiges Gegenargument. Fehler machen wir immer wieder und letztendlich schützt uns auch der Seperatismus nicht davor, funktionalisiert zu werden. Wichtiger finden wir, das grundsätzliche Schwierigkeiten, z.B. wie können sich Leute in einer immer stärker fragmentierten Gesellschaft überhaupt noch politisch organisieren, allein durch die Aufstellung von Forderungen, wie z.B. der einer Grundsicherung, nicht direkt behoben werden können. Eine Person auf der Veranstaltung betonte in diesem Zusammenhang, die Notwendigkeit der Thematisierung der sozialen Frage in Verbindung mit der eigenen sozialen Lage. Man dürfe nicht der Versuchung erliegen, nur immer andere organisieren zu wollen. Jemand anderes meinte, die Forderung nach bedarfsorientierter Grundsicherung bedürfe der ständigen Übersetzung in andere Fragestellungen. In diesem Zusammenhang wäre dann die Aufforderung zum Schwarzfahren ebenso wie das Hausbesetzen eine Konkretisierung der Grundsicherungsforderung in Teilaspekten.

2.4 Resümee

Unser Ziel, über Veranstaltungen wie diese, Interesse bei den Leuten zu wecken, die sich bisher nicht so mit der sozialen Frage beschäftigt haben, ist uns allerhöchstens ansatzweise gelungen. Diese Leute waren einfach nicht da.

Weiterhin haben wir, im Gegensatz zu unserem Vortragstext, in der Diskussion selber die Gelegenheit verpaßt, die patriachatskritischen und antirassistischen Momente von Arbeitszeitverkürzung und Grundsicherung stärker zu betonen. Die eine Gelegenheit war, die Frage, was denn Arbeitszeitverkürzung mit Antisexismus und Antirassismus zu tun hätte (siehe dazu Abschnitt 2.1) und die andere, als angemerkt wurde, ein Sexist bliebe Sexist, weil er entfremdete Arbeit leiste. Letzteres halten wir insofern für Quatsch, weil dabei versucht wird, Sexismus einzig und allein aus der kapitalistischen Verfasstheit von Arbeit abzuleiten und das ist uns zu wenig.

Die Unglücklichen
c/o Infoladen Daneben
D-10247 Berlin
email: Daneben@omega.berlinet.de



Dem AStA FU wurde auf Antrag der KlägerInnen gerichtlich ein erstes Ordnungsgeld in Höhe von 5.000,- DO auferlegt. Die Klagen sind dabei eindeutig politisch motiviert und stützen sich auf die künstliche Trennung von Hochschul- und Allgemein- (bzw. Gesellschafts-) Politik. Diese Trennung geht aus von der Vorstellung vermeintlich neutraler Wissenschaft und somit auch von der vermeintlichen Möglichkeit einer neutralen Auseinandersetzung mit Wissenschaft im Rahmen von Hochschulpolitik. Dabei negiert sie die gesellschaftlichen Zusammenhänge, in denen Hochschulen stehen und wirkt somit herrschaftsstabilisierend.

Diskussion über aktuelle Asyl- und Abschiebepolitik an der Uni verboten

Am letzten Mittwoch, den 8. Juli ´98, sollte die Veranstaltung „Asyl und Abschiebung - Rassistische Politik in dieser Gesellschaft" stattfinden, zu der der AStA FU im Rahmen der bundesweiten *Kampagne für Politik und Meinungsfreiheit – Wir nehmen den Maulkorb ab* eingeladen hatte. Die Kampagne richtet sich gegen die Maulkorbklagen rechter Studierender, die sogenannte 'allgemeinpolitische' Äußerungen linker Asten mit Hilfe der herrschenden Rechtsprechung unterbinden wollen. Ziel der Kampagne ist u.a., öffentlich nachvollziehbar und diskutierbar zu machen, *um welche Inhalte* es den KlägerInnen unter dem Deckmantel juristischer Instrumente geht, und *daß* es sich eindeutig um politische Auseinandersetzungen handelt und nicht, wie formal vorgeschoben, um die Wahrung individueller Schutzrechte. So auch bei der genannten Veranstaltung, die anläßlich der aktuellen Novellierung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) konzipiert war. Der AStA FU wollte mit dieser Informations- und Diskussionsveranstaltung seinem Auftrag *„{der} Förderung der politischen Bildung der Studenten und Studentinnen im Bewußtsein der Verantwortung für die Gesellschaft"*[1] nach §18 des Berliner Hochschulgesetzes nachkommen. Die KlägerInnen, die dem RCDS angehören bzw. ihm nahe stehen (auch ein Defo-Mitglied ist dabei), erwirkten die Verhängung eines Ordnungsgeldes in Höhe von 5.000,- DM gegen den AStA. Das Ordnungsgeld wurde allein für die Ankündigung der Veranstaltung auf Flugblättern und Plakaten verhängt. Diese Information erreichte den AStA erst eine Viertelstunde vor Beginn der Veranstaltung durch seinen Anwalt. (Genaueres siehe Presseerklärung des AStA FU vom 09.07.98, im internet unter: *userpage.fu-berlin.de\~astafu\pm*). Aufgrund dieses Beschlusses und der gerichtlichen Androhung, daß jede weitere "Zuwiderhandlung" (z.B. die Durchführung der nun verbotenen Veranstaltung durch den AStA) ein dem

lich höheres Ordnungsgeld zur Folge haben werde, sah sich der AStA gezwungen die Veranstaltung abzusagen.
Die rund 80 Anwesenden, die für die Diskussion gekommen waren, buhten die anwesenden KlägerInnen aus und verabschiedeten auf Anregung von PD Dr. Morus Markard, Dozent an der FU, unter Beifall eine Resolution, die das Vorgehen der KlägerInnen aufs schärfste verurteilte. Markard lud zudem als Privatdozent alle Interessierten ein, gemeinsam mit ihm und den anwesenden ReferentInnen Annette Lützel (Initiative gegen das neue AsylbLG), Martin Rubbert (Rechtsanwalt) und Hajo Funke (Professor für Politikwissenschaften am OSI an der FU) über das Thema Asyl und Abschiebung zu diskutieren, was die KlägerInnen ja eigentlich verhindern wollten. Da sie rechtlich gegen eine Lehrveranstaltung eines Lehrenden der FU nicht vorgehen können, zogen sie erzürnt von dannen. Die KlägerInnen beteiligten sich also an der inhaltlichen Diskussion nicht mehr.



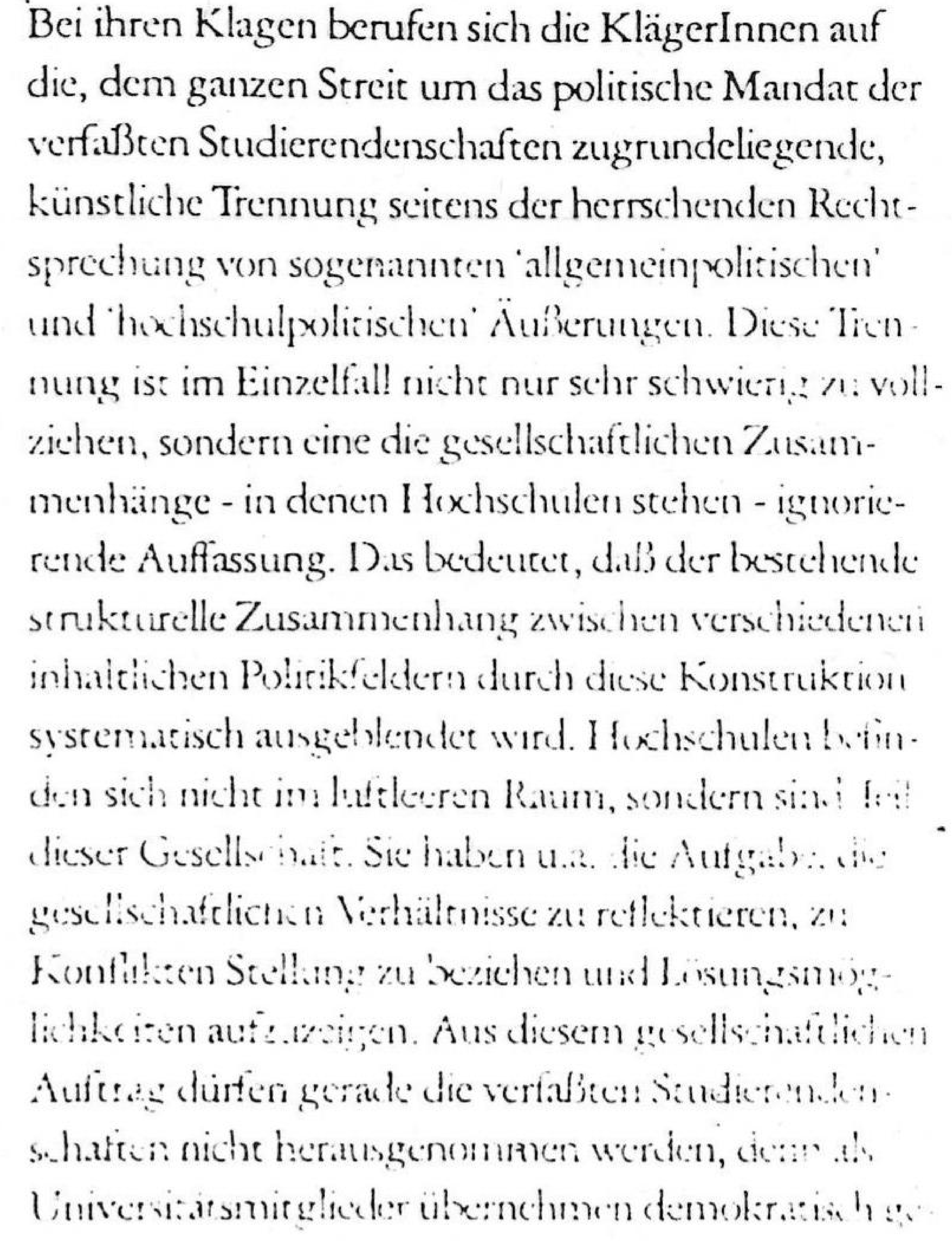
Die Klagen sind politisch motiviert

Gerade dieser Vorfall zeigt deutlich, daß die Klagen eindeutig politisch motiviert sind. Es ist offensichtlich, daß es nicht um die Verteidigung individueller Schutzrechte geht, sondern um die Durchsetzung politischer Zensur mit juristischen Mitteln. Denn fühlen sich die KlägerInnen tatsächlich „unerträglich" in ihren Grundrechten verletzt, wenn an der Hochschule über die aktuellen Veränderungen des Asylbewerberleistungsgesetzes und die Folgen für die Betroffenen öffentlich diskutiert wird? Leider sind sie durch ihre Abwesenheit wiederholt eine inhaltliche Begründung bezüglich der von ihnen empfundenen Unerträglichkeit schuldig geblieben.
Das Verbot des politischen Mandats dient hier den klagenden Studierenden aus dem Umkreis des RCDS als Instrument, ihre langjährige politische Erfolglosigkeit bei den studentischen Wahlen zu kompensieren, indem sie über diesen Umweg politisch gegenteilige Meinungen zensieren und damit den AStA mundtot machen. Dabei geht es ausschließlich darum, studentische Gesellschaftskritik mit Hilfe der herrschenden Rechtsprechung so weit wie möglich zu unterbinden. Daraus machte der RCDS (offensichtlich im Namen der KlägerInnen) mit seinem Flugblatt, daß er letzten Freitag verteilte, auch keinen Hehl, wenn er sich auf diesem ohne Angaben der Art der „verhinderten" Veranstaltung[2] zum Hüter des Gesetzes aufschwingt indem er die KlägerInnen beschreibt als *„Diejenigen, die die Beschlüsse erstritten hatten und damit dem Recht zum Durchbruch verhalfen,..."*[3].



In Gesprächen geben einzelne der KlägerInnen auch gerne zu, daß sie "persönliche Präferenzen" hätten, welche Inhalte des AStA sie als ‚allgemeinpolitische' vor Gericht bringen und welche nicht. Es geht also nicht um ein abstraktes und neutrales "dem Recht zum Durchbruch verhelfen" oder um ein abstraktes ‚Allgemeinpolitisches', sondern um ganz konkrete inhaltliche und politische Differenzen.

Trennung von 'hochschulpolitischem' und 'allgemeinpolitischem' Mandat als neoliberales Projekt



Bei ihren Klagen berufen sich die KlägerInnen auf die, dem ganzen Streit um das politische Mandat der verfaßten Studierendenschaften zugrundeliegende, künstliche Trennung seitens der herrschenden Rechtsprechung von sogenannten 'allgemeinpolitischen' und 'hochschulpolitischen' Äußerungen. Diese Trennung ist im Einzelfall nicht nur sehr schwierig zu vollziehen, sondern eine die gesellschaftlichen Zusammenhänge - in denen Hochschulen stehen - ignorierende Auffassung. Das bedeutet, daß der bestehende strukturelle Zusammenhang zwischen verschiedenen inhaltlichen Politikfeldern durch diese Konstruktion systematisch ausgeblendet wird. Hochschulen befinden sich nicht im luftleeren Raum, sondern sind Teil dieser Gesellschaft. Sie haben u.a. die Aufgabe, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu reflektieren, zu Konflikten Stellung zu beziehen und Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Aus diesem gesellschaftlichen Auftrag dürfen gerade die verfaßten Studierendenschaften nicht herausgenommen werden, denn als Universitätsmitglieder übernehmen demokratisch gewählte Studierendenvertretungen einen Teil dieser gesellschaftlichen Verantwortung. Dies ist mit den Ausführungen zur Förderung der politischen Bildung der StudentInnen, wie oben zitiert, auch im Berliner Hochschulgesetz ausdrücklich festgeschrieben.
Die juristische Konstruktion der Trennung von sogenanntem 'hochschulpolitischen' Mandat und 'allgemeinpolitischen' Mandat negiert diese Aufgabe von Hochschulen und den gesellschaftlichen Zusammenhang, in dem Wissenschaft und Forschung stehen. Gestützt wird dies durch die herrschende Auffassung, ‚wahre' Wissenschaften und Forschungen seien vermeintlich unpolitisch und vor allem interessen- und wertfrei. Dabei haben mehrfach Analysen beispielsweise der feministischen Wissenschaften gezeigt, das Forschung und Wissenschaft, die sich als unpolitisch und neutral darstellen, dies nicht sind, sondern statt dessen unexpliziert den Standpunkt der herrschenden Politik einnehmen und deren Interessen wahren. In diesem Sinne ist auch eine gesellschaftspolitisch neutrale Hochschulpolitik, wie sie der RCDS angeblich vertritt, eine Illusion: Entweder reproduziert sie die gesellschaftlichen Verhältnisse unkritisch oder sie verhält sich kritisch zu ihnen. Eine ‚allgemeinpolitische' Positionierung ist es in beiden Fällen. Nur wird der ‚kritischen' Position dies rechtlich angelastet, während die ‚unkritische' Reproduktion als das Übliche und somit vermeintlich unpolitische durchgeht.
Welche Auswirkungen die notfalls gerichtlich durchgesetzte Zensur für eine kritische Auseinandersetzung mit Wissenschaft, Forschung und Aufgabe von Hochschulen in dieser Gesellschaft hat, wird an Beispielen wie den Folgen von Atomforschung in Zusammenhang mit den Diskussionen um die Castor-Transporte, Rassismusforschung und aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen von Rassismus (wozu auch Asyl- und Abschiebungsplotik als Formen von institutionellem Rassismus gehören), sowie der Priva-

tisierung öffentlichen Raumes in Zusammenhang mit privatem Wachschutz an den Unis mehr als deutlich. Auch am Beispiel der gegenwärtigen 'Reformen' der Hochschulen läßt sich aufzeigen, daß diese Trennung eine willkürliche und politisch interessierte ist. Eine Positionierung zur aktuellen Umstrukturierung und den laufenden Einsparungen an den Hochschulen kann nämlich niemals ohne impliziten oder expliziten 'allgemeinpolitischen' Bezug zur Haushaltspolitik von Bund und Ländern oder zur neoliberalen Zurichtung der Unis zu Dienstleistungsbetrieben für die Wirtschaft auskommen. Es läßt sich daher sagen, daß dabei das Explizit-Machen, das Begreifen und vor allem die öffentliche Kritik an diesen Entwicklungen und gesellschaftlichen Zusammenhängen in eins fällt mit der juristischen Kategorie 'allgemeinpolitisch' und somit potentielle Gesellschaftskritik verfaßter Studierendenschaften von vornherein durch die herrschende Rechtsprechung unmöglich gemacht wird (Wissenschaftlich ausgedrückt, würde man sagen, daß die Benennung dieser Zusammenhänge kategorial ausgeschlossen sind.) Dabei sollen Studierendenvertretungen dem herrschenden juristischen Verständnis entsprechend auf reine Dienstleister und Servicebetriebe reduziert werden, statt sie ihrer Geschichte entsprechend als politische Institutionen mit eigenem Recht auf Meinungsäußerung zu begreifen. Besonders deutlich wird das dadurch, daß ausschließlich linke Asten für ihre politischen Äußerungen angegriffen und kriminalisiert werden. Bevor sich nämlich die politischen Kräfteverhältnisse in den Studierendenvertretungen im Zuge der StudentInnenbewegung Ende der 60er Jahre änderten, haben sich diese - damals burschenschaftlich- und RCDS-dominierte Vertretungen - ungestört zu 'allgemeinpolitischen' Themen wie die deutsch-deutschen Beziehungen und Wiederbewaffnung äußern können. Erst als sich die Verfaßten Studierendenschaften mehrheitlich gesellschaftskritisch orientierten, wurde die juristische Konstruktion, die den Klagen zugrunde liegt, geschaffen. Schon die Entstehung der rechtlichen Konstruktion, Hochschul- und Allgemeinpolitik voneinander zu trennen, ist also keine neutrale, sondern politisch interessierte gewesen.





In diesem Sinne verstehen sich wohl die KlägerInnen in und um den RCDS, die im gesamten Bundesgebiet linke Asten verklagen, als Handlanger der herrschenden Politik.

Das Problem des „studentischen Interesse"

Auch der Begriff des „studentischen Interesses", der der Rechtsprechung zum ‚politischen Mandat' zugrunde liegt, ist ein Begriff, der die realen Verhältnisse der politischen Differenzen an den Hochschulen verschleiert. *Das* studentische Interesse gibt es nicht; oder wie läßt sich erklären, daß zu den Wahlen zum Studierendenparlament jährlich mehr als eine politische Liste antritt? Oder werden plötzlich die VertreterInnen des RCDS zu den Kämpfern und Kämpferinnen der Einheitsliste?

Selbst wenn es bestimmte Themenkomplexe geben sollte, die vorrangig Studierende interessieren (‚studentisches Interesse'), so wird es bezüglich dieser Themen inhaltlich unterschiedliche, womöglich sich diametral entgegenstehende, Interessen geben. Und schon ist *das* Interesse wieder futsch, ganz davon abgesehen, daß die Definition dieser Themenkomplexe keine neutrale sein kann. Oder wie würde das definierte ‚studentische Interesse' nach umfassender politischer Bildung und Diskussion an der Hochschule bewertet werden?

Im Hinblick auf das breite politische Meinungsspektrum der Studierenden an der Hochschule ist auch die juristische Konstruktion der Zurechenbarkeit von Äußerungen des AStA auf den einzelnen Studierenden lebensfremd: Wer nimmt ernsthaft an, daß eine in politischen Wahlen gewählte Vertretung die Meinung jeder/s Studierenden vertritt? Herr Kohl vertritt im übrigen bestimmt nicht die Meinung aller wahlberechtigten BundesbürgerInnen. Wäre dies der Fall, müßte die CDU ein Wahlergebnis von 100 % erreichen.

Wie war das noch mit der Einheitsliste?

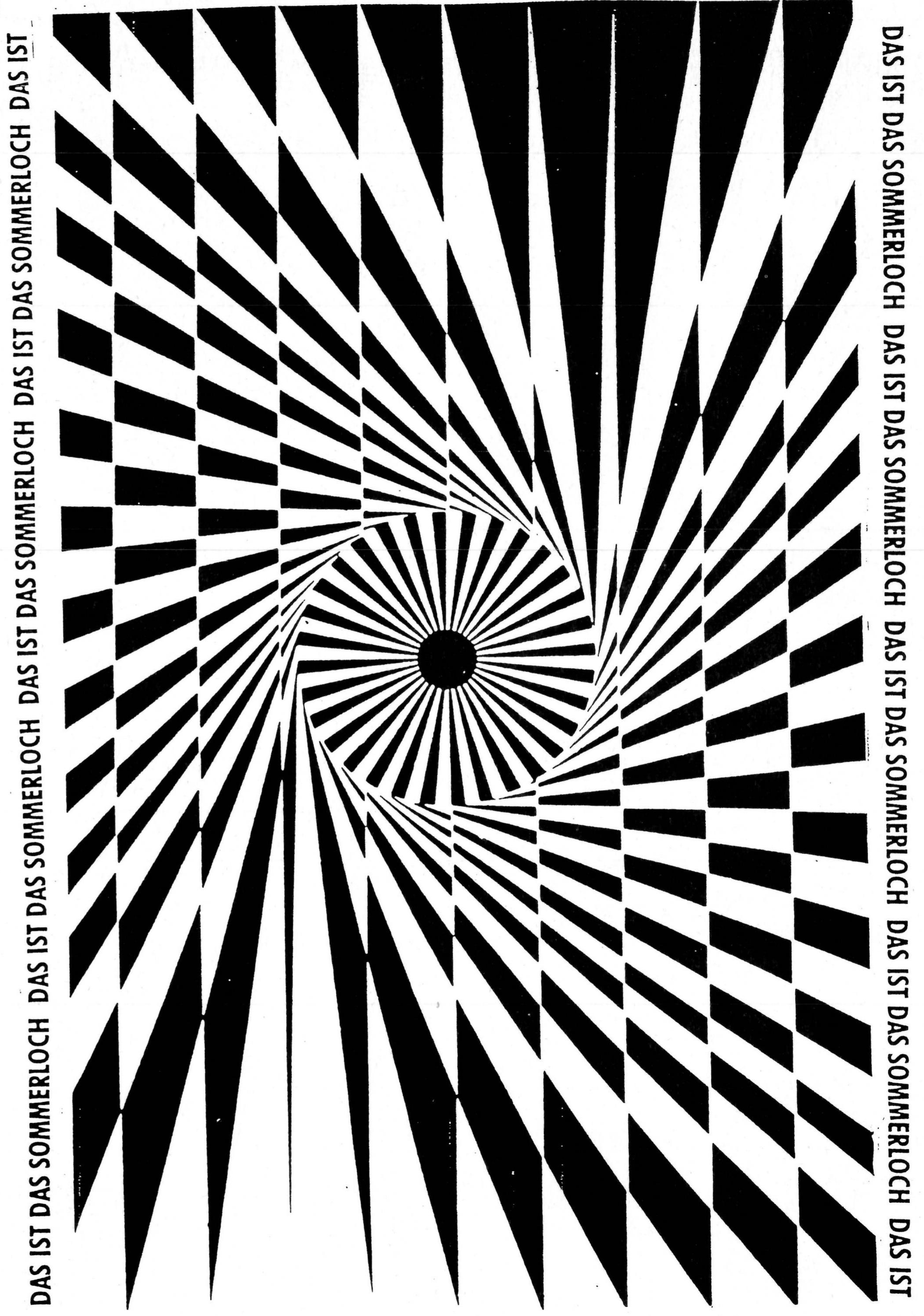
Wie, wenn nicht politisch motiviert, sind die Klagen gegen das politische Mandat der verfaßten Studierendenschaft seitens der KlägerInnen in und um den RCDS, wenn diese z.B. vom AStA FU gleichzeitig einfordern „sich auf Hochschulpolitik und die Vertretung *studentischer* Interessen zu konzentrieren"[3] und dabei die oben aufgezeigten Zusammenhänge von Hochschule und Gesellschaft sowie die Problematik eines einheitlichen studentischen Interesses negieren und somit verschleiern?

Kann sich ein ‚demokratischer' Staat wie die BRD, der auf eine faschistische Geschichte mit einzigartiger Menschenvernichtung zurückblickt, 'gesellschaftspolitisch neutrale', also gegenüber den herrschenden Verhältnissen unkritische, verfaßte Studierendenschaften leisten? Was bedeutet es, wenn sich solche ‚neutralisierten' Studierendenschaften nicht zu den rassistischen Implikationen von z.B. staatlicher Asyl- und Abschiebungspolitik äußern dürfen, solche Implikationen nicht einmal diskutieren dürfen? Demokratie herrscht, wenn kontroverse öffentliche Debatten verhindert werden?

Die Debatte um das politische Mandat ist eine um politische Meinungsäußerungen und muß deshalb auch als eine solche geführt werden, denn

Verbrechen zu benennen ist eine 'allgemein'politische Äußerung, dazu zu schweigen auch!

entnommen: Neues Dahlem


DAS SOMMERLOCH DAS IST DAS SOMMERLOCH DAS IST DAS SOMMERLOCH
DAS IST DAS SOMMERLOCH DAS IST DAS SOMMERLOCH DAS IST DAS SOMMERLOCH DAS IST
DAS SOMMERLOCH DAS IST DAS SOMMERLOCH DAS IST DAS SOMMERLOCH
DAS IST DAS SOMMERLOCH DAS IST DAS SOMMERLOCH DAS IST DAS SOMMERLOCH DAS IST







1. NACKTE REALITÄT



♀⚢ die auf dem Direct Action Camp vor zwei Monaten waren, hatten die Idee ein Chaos - camp mit anschließender Hausbesetzung zu organisieren. Jetzt soll dieser Gedanke konkret werden. Deshalb wird es vom 17. - 19. Juli ein Vortreffen geben zu dem ihr alle kommen könnt um mitzuspinnen.



2. REALITÄT UNTER EINFLUSS PSYCHEDELISCHER DROGEN!





Tach

ALLE ZUM NÄCHSTEN ANARCHISTISCHEN
FEMINISTISCHEN CONTAINER THEATER ♀⚢ TREFFEN

Das erste Treffen in der Schweiz wurde verschoben auf's zweite in Deutschland
Beim zweiten Treffen in Bielefeld auf der Wagabanda sammelten wir also
Vorstellungen über die Karawane
Dabei kam zum Beispiel heraus
- mit LKW und Bauwagen unterwegs sein
- Aktionen
- Theater , Musik usw

Worüber wir noch reden wollen
- zum Beispiel gemischte Plätze (meint da zu spielen)
- feministisches Selbstverständnis usw

Das Treffen in Bielefeld war leider nur ein Wochenende. Wir dachten ein längeres Treffen wäre besser zum kennenlernen und vielleicht auch ein paar Aktiönchen zu machen

Das zweite Teffen ist in Bremen , auf dem Wagenplatz vom 23.- 29. August , Sonntag 23. August , Beginn mit Frühstück um Ölf !!!

Jede Teilnehmerin kann etwas mitbringen wenn sie Lust hat , wie zum Beispiel ne Idee , Aktiönchen , Workshop , Thema , Spiel

Bis denne

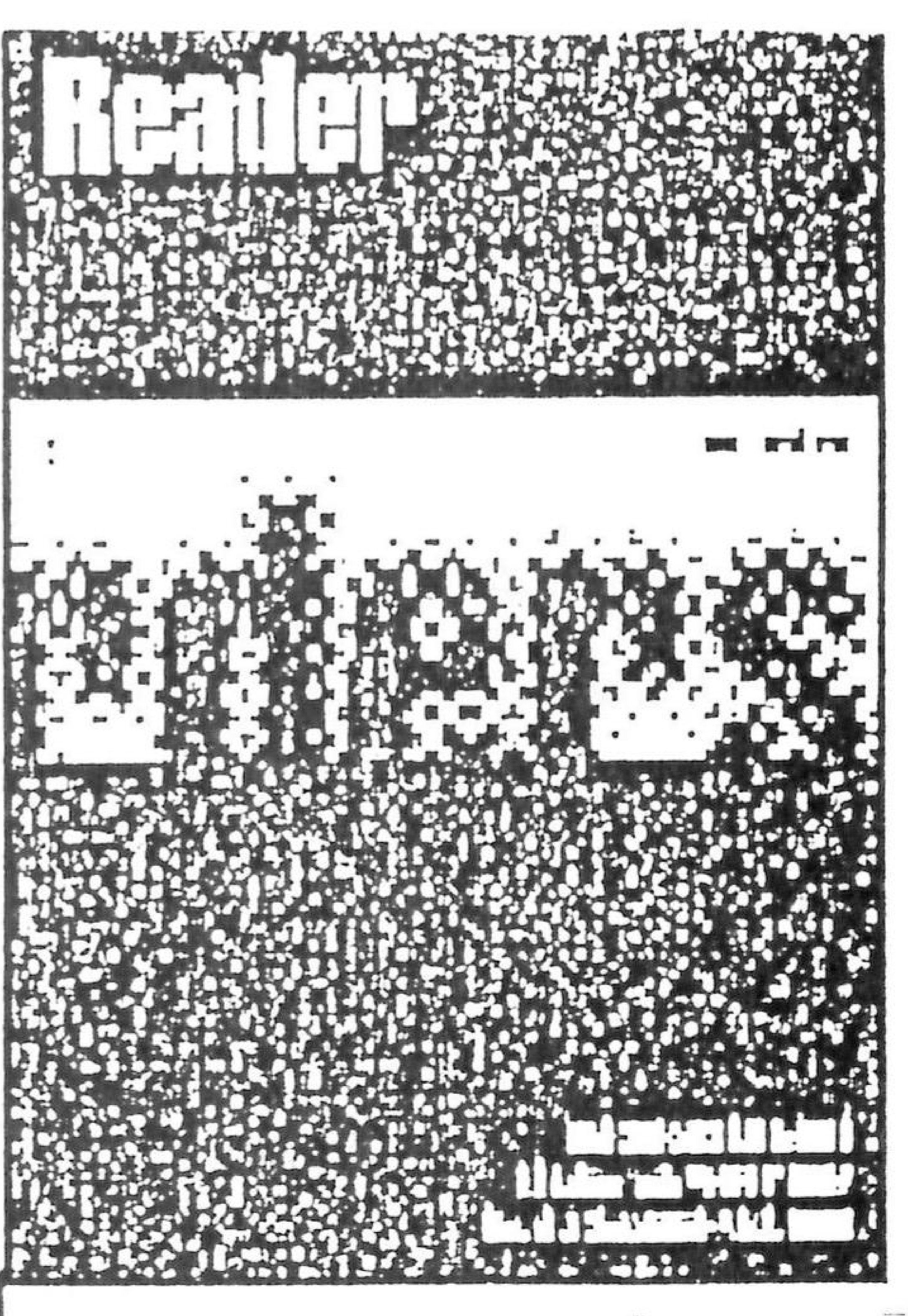
Spinneritis Akkutis

Fragen gehen ans Frauen / Lesben - Referat
Uni Bielefeld
Postfach 100131
33501 Bielefeld

1 Trost bleibt uns:

DIE GEDANKEN SIND FREI...

DENKST DU.



Reader "No Borders" zu den Themen:

- Frauen-Abschiebeknast Neuss
- Situation von Migrantinnen in der BRD
- Debatte um die Verknüpfung von Rassismus und Sexismus



zu bestellen über:
Infoladen Anschlag
Stichwort Neuss
Heeper Str. 132
33607 Bielefeld



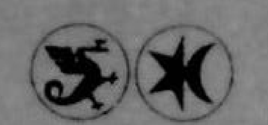
AUF WIEDERSEHEN LIEBER LESER! BIS BALD!





(bitte DM 5,- + 1,50 Porto pro Exemplar in Briefmarken oder bar beilegen)

Im Oktober wird es ein Vorbereitungstreffen für die Neuss-Demo geben, wir suchen noch UnterstützerInnen! Falls ihr Interesse habt, meldet euch doch bei der angegebenen Adresse und wir schicken euch dann eine Einladung, sobald Ort und Zeit feststehen. also vielleicht bis bald...



DM 2,50 Unverbindliche Preisempfehlung

Blindt & Sprengli

MAÎTRE CHOCOLATIER SUISSE DEPUIS 1845

Feine Volxzeitungs-Ausgabe

Cacao: 70 % mindestens

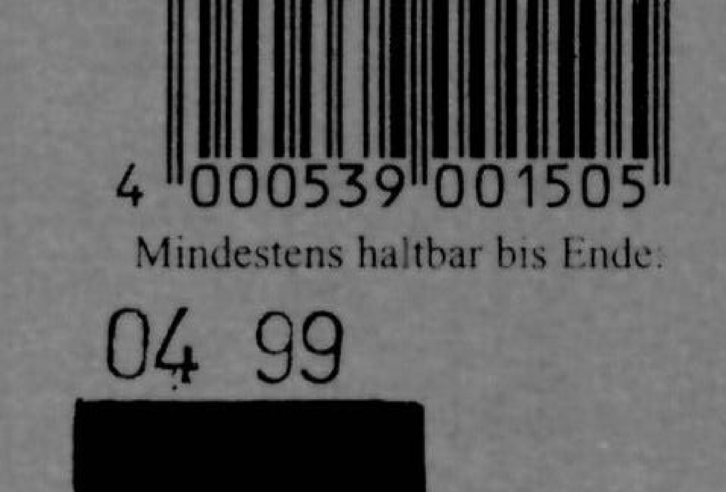
denkenner schätzen die elbitter-Chocolade **EXCELLENCE** aufgrund ihres extra hohen Cacaoanteils von 70 % mit edlen Cacaosorten aus Zentralamerika. Ein Hauch natürlicher Vanille rundet das Aroma raffiniert ab und verleiht dieser Chocolade ihren besonderen Reiz. Durch sorgfältiges Conchieren, bei dem die Chocolade fein gerieben wird, bekommt **EXCELLENCE** zarten Schmelz und Raffinesse.

Wußten Sie, daß dieses Herstellungsverfahren im Jahre 1988 von Rodolphe **Blindt** erfunden wurde?

ZUTATEN:
Cacaomasse, Zucker, Cacaobutter, natürliches Aroma: Vanille, Emulgator: Lecithin.

QUALITÄTSGARANTIE

Diese Ausgabe verdankt ihren unvergleichlichen Geschmack der Verwendung von Rohstoffen höchster Qualität ebenso wie einer seit Generationen gepflegten schweizerischen Herstellungstradition. Dieses Produkt hat unser Haus frisch und in einwandfreiem Zustand verlassen. Sollte es auf dem Weg zu Ihnen Schaden genommen haben, senden Sie es uns zurück. Wir werden es selbstverständlich sofort ersetzen.



Mindestens haltbar bis Ende:

04 99

Inhalt: **100 g** ℮

